

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Dienstag, 2. August 1988

Nr.147 (5 775)

Preis 3 Kopeken

Informationsmitteilung über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 29. Juli 1988 hat das turnusmäßige Plenum des Zentralkomitees der KPdSU stattgefunden.

Das Plenum erörterte die Frage „Über die praktische Arbeit zur Realisierung der Beschlüsse der XIX. Unionsparteikonferenz“. Dazu referierte der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow.

Die Plenumsteilnehmer hatten Gelegenheit gehabt, sich zuvor mit Dokumentenvertraut zu machen, die vom Politbüro des ZK der KPdSU ausgehend von den Richtlinien der XIX. Parteikonferenz ausgearbeitet worden waren.

Auf der Erörterung des Berichts beteiligten sich die Genossen: W. W. Schtscherbik — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, W. P. Demidenko — Erster Sekretär des Gebietskomitees Kustanai der Kommunistischen Partei Kasachstans, J. D. Pochitalo — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Omsk, I. S. Boldyrew — Erster Sekretär

des Regionskomitees der KPdSU Stawropol, N. F. Wassiljew — Minister für Melioration und Wasserwirtschaft der UdSSR, W. M. Kawun — Erster Sekretär des Gebietskomitees Shtomir der Kommunistischen Partei der Ukraine, J. F. Solowjow — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Leningrad, K. S. Terech — Handelsminister der UdSSR, A. A. Chomjakow — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Saratow, W. N. Petnjowa — Weberin im Leintuchkombinat „W. I. Lenin“ von Kostroma, B. K. Pugo — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands, A. F. Ponomarjow — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Belgorod, A. S. Syszow — Minister für Flugzeugwesen der UdSSR, N. F. Tatartschuk — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Kalinin, J. J. Sokolow — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Belorublands, G. W. Kolbin — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, W. A. Bykow

Minister für Medizinische und Mikrobiologische Industrie der UdSSR.

Das Schlußwort auf dem Plenum hielt der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow.

Das Plenum faßte zu der diskutierten Frage einen Beschluß, der in der Presse veröffentlicht werden soll.

Das Plenum nahm auch den Beschluß „Über Berichte und Wahlen in den Parteiorganisationen“ und „Über die Hauptrichtungen der Umgestaltung des Parteiapparats“, an, die in der Presse veröffentlicht werden sollen.

Das Plenum nahm den Vorschlag des Politbüros des ZK über die Bildung einer Kommission des ZK der KPdSU unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, für die Vorbereitung von Vorschlägen an, die mit der Durchführung der Reform des politischen Systems der sowjetischen Gesellschaft zusammenhängen.

Damit schloß das Plenum des ZK der KPdSU seine Arbeit ab.

Über die praktische Arbeit zur Realisierung der Beschlüsse der XIX. Unionsparteikonferenz

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU

M. S. GORBATSCHOW

auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 29. Juli 1988

Genossen! Das Politbüro hat die Tagung dieses Plenums beschlossen, um die praktischen Maßnahmen zur Realisierung der Beschlüsse der XIX. Unionsparteikonferenz zu erörtern — der Konferenz, die zu einer besonders wichtigen Zielmarke in der Umgestaltung geworden ist.

Auf der Konferenz haben wir besonders gut erkannt, daß in der Partei und in der Gesellschaft eine feste Meinung entstanden ist, die die Notwendigkeit der Realisierung der praktischen Aufgaben der Umgestaltung zu aktivieren. Darüber haben besonders die Delegierten, die die Produktionskollektive repräsentieren, laut und vernünftig gesprochen.

Es wurde die einmütige Forderung zum Ausdruck gebracht, nicht verlegen von einem Fuß auf den anderen zu treten, nicht abzuwarten, sondern schärfer auf Mängel und Fehlgänge zu reagieren und entschlossen zu handeln, um alle Hindernisse zu beseitigen, die uns im Wege stehen, zu beiseite zu räumen. In den Ansprüchen der Delegierten kam nicht nur die Besorgnis um den Ablauf der Dinge zum Ausdruck, sondern — das bekennen wir offen — wurde auch die Unzufriedenheit darüber geäußert, wie die Partei, Sowjet- und Wirtschaftsorgane sowie unsere leitenden Kader handeln.

Wir müssen es offen sagen, Genossen, die Zeit treibt zur Eile an. Worauf läßt sich das zurückführen?

Erstens, es beginnt die Berichtswahlkampagne in der Partei.

Als wir den Termin der Abhaltung der Unionsparteikonferenz erörtern, gingen wir davon aus, daß diese im Vorfeld der Rechenschaftsberichte und Wahlen in der Partei tagen wird, damit die Berichtswahlversammlungen der Kommunisten und die Konferenzen der Rayon-, Stadt-, Bezirks-, Gebiets- und Regionsparteiorganisationen auf der Grundlage der politischen Richtlinien des Parteiforums ablaufen werden.

Weiter, auf der Konferenz wurde vereinbart, daß wir jetzt schon ohne jegliches Warmmachen mit der Reform des politischen Systems beginnen müssen, um die Wahlen im nächsten Frühjahr auf einer neuen Rechtsgrundlage durchzuführen und einen Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR einzuberufen.

Die Konferenzdelegierten äußerten sich entschieden für eine weitere Vertiefung der Wirtschaftserform, denn damit ist die Realisierung der kardinalen sozialen und ökonomischen Aufgaben und die Verbesserung des Lebens der Werktätigen verbunden.

Also von welcher Seite man die Sache auch betrachtet, darf keine Zeit vertan werden. Es gilt zu handeln, entschieden zu handeln, die Verantwortung für die Lösung der praktischen Fragen zu erhöhen, die einen immer aktuel-

leren politischen Charakter erlangen.

Im allgemeinen, Genossen, ist es so weit: Die Zeit der Taten, konkreter Handlungen, die Zeit der Verantwortung aller Parteiorganisationen, aller unserer Kader, aller Kollektive und jedes einzelnen Werktätigen ist da. Wir alle hatten die Möglichkeit, in diesen zwei Wochen die Bedeutung der Konferenz nochmals zu durchdenken, ihre Ergebnisse und die gefaßten Beschlüsse tiefgründig einzuschätzen. Man kann sagen, im Leben der Partei hat ein präzedenzloses Ereignis stattgefunden. Die Konferenz hat die ganze Gesellschaft in Bewegung gebracht. Den größten Beitrag zur Umgestaltung stellt ihre Atmosphäre selbst dar: die Ungezwungenheit, die lebhaften Diskussionen, die Prinzipientreue, die hohen Ansprüche und die offene Erörterung der herangelegten Probleme.

Die Konferenz, die in einer neuen moralisch-politischen Atmosphäre, in der Atmosphäre des Realismus verlief, hat die Partei durch neue Erfahrungen der volksumfassenden politischen Schule, der Schule der Offenheit und Demokratie bereichert. Das Interesse für die Konferenz flaut nicht ab. Es ist eine engagierte Erörterung aller Fragen im Gange, die sie aufgeworfen und gelöst hat. Die Konferenz hat eine weltweite Resonanz ausgelöst.

Die Konferenz hat erneut das gewaltige Potential unserer Partei überzeugend manifestiert. Ich möchte sagen, daß die Partei nunmehr zu wirken beginnt, sich aufgerichtet hat, zuversichtlich mit freier Stimme, als Pionier und im Gefühl der überaus großen Verantwortung gegenüber dem Volk spricht. Die Konferenz hat bekräftigt, daß die KPdSU als wahre Triebkraft der Umgestaltung, als ihr Initiator und anerkannter Führer fungiert, der die legitimen Interessen des Volkes und des Sozialismus zum Ausdruck bringt. Das ist das wichtigste politische Ergebnis unserer Parteikonferenz.

Mit einem Wort, heute dürfen wir mit Überzeugung behaupten, daß die Partei und die Gesellschaft nach der Konferenz nicht mehr die sind, was sie gestern waren. Die Vorbereitung und Abhaltung der Konferenz haben die Erfassung der Vergangenheit, der Gegenwart und auch der Zukunft des Landes auf eine neue Höhe gebracht.

Die Delegierten haben die Irrtümer und Verbrechen der Vergangenheit entschieden angeprangert. Zugleich wiesen sie kategorisch die Versuche zurück, die historischen Errungenschaften des sowjetischen Volkes zu durchstreichen. Von prinzipiellen Positionen aus wurde auf der Konferenz eine Einschätzung des Ablaufs der Umgestaltung, ihrer Errungenschaften, Mängel und Unerwartungen geliefert. Mit Überzeugung darf gesagt werden, daß die Konferenz uns eine neue Einschätzung der Probleme und Aufgaben unserer Bewegung auf dem Wege der Erneuerung der Gesellschaft heraufgeführt hat.

Die Konferenz hat den unabweisbaren Willen der Kommunisten und des ganzen Volkes demonstriert, die Umgestaltung konsequent voranzubringen, sie unumkehrbar zu machen und praktische Fragen in allen Bereichen der Innen- und Außenpolitik energisch zu lösen.

Zugleich hat sie auch gezeigt, daß in der Gesellschaft konservative Stimmungen, Sehnsucht nach der Vergangenheit und Versuche der Welt zum nicht Überwundenen sind, Zweifel zu säen und die Umgestaltung nicht als einen historischen Aufbau, sondern beinahe als eine gesellschaftliche Destabilisierung darzustellen.

Das muß ebenfalls berücksichtigt werden, falls wir Realisten in der Politik bleiben wollen. Die Konferenzdelegierten zogen diejenigen Parteiorganisationen zur strengen Verantwortung, die den Still und die Methoden ihrer Tätigkeit nur langsam verändern, in vielen Fällen keine Bereitschaft und Fähigkeit bekunden, unter den Bedingungen der Offenheit zu arbeiten, zu diskutieren, zu argumentieren, die Leute zu überzeugen und auf bolschewistische Art die Kritik hinzunehmen, wie es uns W. I. Lenin lehrte.

Einige schrecken einfach vor dem Aufschwung der Energie der Massen und ihrer wachgewordenen gesellschaftlich-politischen Aktivität zurück. In Worten sind sie für die Umgestaltung — doch mit einer Demokratie in der Tasche, für die Offenheit — doch mit dosierter Kritik; für die Erneuerung — aber damit für sie persönlich alles bleibt, wie's bisher war.

Unter großer Anstrengung erfolgt der Kampf mit dem Schmarotzertum. Es fehlt die strenge Verantwortung konkreter Menschen für konkrete Tat.

Die Delegierten zeigten überzeugend, daß der Hemmungsmechanismus zwar gebrochen ist, doch in vielem seine Kraft noch nicht eingebüßt hat. Die Konferenz verhalf, darüber klarzuwerden, wo und auf welche Weise die alten Strukturen und Methoden dem Neuen im Wege stehen, beeinträchtigen, seine Entwicklung aufhalten. Zugleich zeigte die Konferenz auch, daß viele Bremsfaktoren auf ungenügend durchdachte Maßnahmen, Inkompetenz und andere subjektive Gründe zurückzuführen sind. All das ergibt uns ein wahrheitsgetreues Bild davon, was wir schon in dieser Etappe der Umgestaltung erreicht haben und was uns noch zu lösen bevorsteht, und zwar unverzüglich.

Letztlich, Genossen, und das ist sehr wichtig für das Zentralkomitee, die Konferenz ließ uns alle, den Verlauf des Umgestaltungsprozesses realistisch

einzuschätzen. Sie hat die Entschlossenheit der Gesellschaft gezeigt, voranzuschreiten und dabei den Konservatismus und die Bremsaktionen zu überwinden. Gleichzeitig sprach sie sich gegen alle pseudorevolutionären und lebensfremden „Losungen, maximalistischen Forderungen und utopischen Versuche aus, alles auf einen Schlag umzugestalten.“

Die Vorbereitung zur Konferenz, die Konferenz selbst mündeten in eine politische Prüfung der Reife der Kader, ihrer politischen Kultur, der Bereitschaft zur demokratischen Handlungsformen. Besonders deutlich sichtbar wurden unsere dringenden Aufgaben: die Reserven, die effektivsten Arbeitsformen und -methoden. Wir haben auf der Konferenz Beschlüsse ausgearbeitet und gefaßt, die ein breites Spektrum von Umwandlungen enthalten, die die potentiellen Kräfte der freien Selbstentwicklung der sozialistischen Gesellschaft einschalten müssen.

Indem wir die Ergebnisse der Konferenz und der stattgefundenen Diskussionen noch einmal abwägen, müssen wir uns, Genossen, fest darauf einstellen, eine entscheidende Wende zu praktischen Taten herbeizuführen.

Die Konferenz zeigte: in der Partei sowie im Volk wird neben der Unterstützung der Umgestaltung besonders beharrlich die Forderung erhoben, die früher immer wieder verletzt wurde: die Einklang von Wort und Tat, die Verantwortung für seine Tätigkeit gleichwie für die Untätigkeit. Dieses unverbrüchliche Parteilosgesetz haben die Parteikader vor allem auf sich selbst zu lenken. Es sind Taten und die Kontrolle der Lösung der gefaßten Beschlüsse notwendig. Widrigfalls sind Rückfälle in alte Fehler unvermeidlich. Das ist im Grunde genommen die einmütige Meinung der Delegierten.

Auf diesen kurzen Bemerkungen zu den Ergebnissen der Konferenz würde ich mich beschränken. Möchte aber noch und nochmals wiederholen: Es ist die Zeit energischer Handlungen angebrochen, und man darf nicht zögern. Nur praktische Taten auf dem Gebiet der Realisierung der von der Konferenz ausgearbeiteten politischen Zielsetzungen werden die Umgestaltung unumkehrbar machen.

Was macht das Politbüro in dieser Hinsicht? Erstens wurde ein Komplex von Projekten ausgearbeitet, in denen die Vorschläge der Teilnehmer der Konferenz realisiert sind. Das gilt in erster Linie für Lebensmittel, Handel, Konsumgüter und Dienstleistungen, d. h. all das, was sich unmittelbar auf die Menschen bezieht, zu ihren täglichen Belangen und Sorgen gehört. Die Dokumente haben Sie bekommen und das befreit mich von ihrer ausführlichen Wiedergabe.

(Fortsetzung S. 2)

„Wohnungsbau 91“

Vorteilhafte Methode

„Im Jahre 1988 sollen in der Stadt Balchasch über 120 000 Quadratmeter Wohnfläche übergeben werden; etwa 80 Prozent davon entfallen auf die Kapazitäten des Trüsts „Pribalchaschstroj“.“ (Aus einer Rechenschaftslegung des Stadtezekutivkomitees Balchasch auf der fälligen Sitzung des Stadtsowjets.)

Vor kurzem fragte ich einen meiner Bekannten, der eben Einzug gefeiert hatte: „Wie lange hast du denn auf deine neue Wohnung gewartet?“

Er antwortete: „Du hättest lieber fragen müssen, wie lange ich nach Schlichtschluß auf dem Objekt mitgemacht habe.“

Mein Bekannter ist ein Hüttenwerker, ein angesehener Meister. Er ist Aktivist des sozialistischen Wettbewerbs und erfreut sich unter seinen Kollegen eines guten Rufes. Daher hatte es mich einigermaßen wundergenommen, daß so ein Mann auch noch nach Schlichtschluß plötzlich Bauarbeiten ausführen muß.

„Ich finde aber nichts Außerordentliches daran“, erklärte er. „Man muß sich nämlich zu helfen wissen.“

Tatsächlich, man muß sich stets zu helfen wissen. Die Sache ist die, daß es heute in Balchasch etwa 11 000 wohnbedürftige Personen auf der Warteliste gibt, ganz zu schweigen von solchen, die ihre Wohnverhältnisse verbessern möchten. Johann Lieblich,

mein Bekannter, zählte zu den Letzteren.

Im Stadtezekutivkomitee hatte man mir erklärt: Den Baubetrieben reichen die Kapazitäten nicht aus, um die komplizierten Programme zu bewältigen. Gerade deshalb hatte man im Trüsts „Pribalchaschstroj“ beschlossen, Interessenten (lies: Wohnbedürftige aus den Auftraggeberbetrieben) heranzuziehen, um zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen.

„Wir hatten uns so manches in Alma-Ata, in Ust-Kamenogorsk und in Karaganda abgequakt“, erzählt Gennadi Chwan, Abteilungsleiter im Stadtezekutivkomitee. „Bereits in den ersten Wochen stellte es sich heraus, daß die Leute bereit waren, täglich bis drei Stunden mitzuhelfen.“

In Balchasch war man sogar weitergegangen. Während die Bauarbeiter in Alma-Ata und Karaganda die künftigen Mieter nur auf Baubauobjekten einsetzen und sie dort Nebenarbeiten verrichten lassen, hat man im Trüsts „Pribalchaschstroj“ aus Frei-

willigen Brigaden komplettiert, die unmittelbar im örtlichen Betonwerk, in der Ziegelei und im Wohnungsbaukombinat mitmachen.

Aber wollen wir näher zur Sache rücken. In den 17 Industriebetrieben der Stadt hat sich die Warteliste der Wohnbedürftigen inzwischen um ein Drittel verringert, was alle bisherigen Rekorde übertrifft. Das war die konkrete Ermittlung, die ich mir aus dem Stadtezekutivkomitee holte. Demnach hat sich das Vorhaben, gestartet im Trüsts „Pribalchaschstroj“, gelohnt. Leider geht man in anderen Betrieben in diesen Fragen noch sehr schlüchtern vor.

Mit einem Wort: Wer den guten Willen für die Lösung des Problems aufbringt, der gewinnt auch. Ich hatte nebenbei Johann Lieblich ausgefragt, ob es für ihn nicht zu kompliziert und kräfteaufwendig sei, nach Schlichtschluß auf dem Baubauobjekt mitzumachen. Er hatte eine eindeutige Antwort parat: „Es kommt ja auf mein Wohlergehen und auf meine Wohnverhältnisse an. Man will besser leben; da darf man aber nicht mit gefalteten Händen sitzen und warten, bis er kommt und alles für dich tut.“

Klar, das war etwas übertrieben. Lieblich ist ein Hüttenwerker, seine Aufgabe ist, Rohkupper zu schmelzen. Aber wenn es, wie gesagt, auf das Wohlergehen ankommt, so zählen hier auch solche Methoden.

Wilhelm BUCHLER
Gebiet Dsheskasgan



Im Sowchos „Amandyksi“ des Gebiets Kokschetaw ist die Futterernte in vollem Gange. Die Mechanisatoren wollen in diesem Jahr mindestens 6 800 Tonnen wertvolles Heu bereitstellen. Die höchsten Wettbewerbsergebnisse hat die Brigade von Anatol Schmidt zu verzeichnen. Dieses Kollektiv ist mit unter den ersten im Agrarbereich zur Arbeitsweise nach dem Pachtvertrag übergegangen.

Unser Bild: (V.l.n.r.) Die vorbildlichen Mechanisatoren Bolat Jeskendirov, Anatol Schmidt (Brigadier) und Boris Kolomezov.

Foto: KasTAG

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Eine neue Taktstraße ist in der Produktionsvereinigung „Zelino-gradselmasch“ angefahren. Die hochautomatisierte Linie wird es den Landmaschinenbauern zugleich ermöglichen, die Produktion von Massenbedarfartikeln zu erweitern, da die Taktstraße im Regime höchster Ökonomie funktioniert.

Qualität bleibt Trumpf für alle Brigaden der Pawlodar Möbel-fabrik. Wie aus den sozialistischen Verpflichtungen des Kollektivs resultiert, sollen noch in diesem Jahr 14 Erzeugnisarten zur Attestierung mit dem Staatlichen Gütezeichen vorgeschlagen werden.

Mit Planplus produzieren die Eisenbahner des Eisenbahndepots Borowoje (die Kokschetawer Abteilung der Neulandseisenbahn). Die 27 Lokführerbrigaden des Betriebs haben sich verpflichtet, mit gespartem Treibstoff 349 Schwerkzeuge über das Jahressoll hinaus zu befördern und somit einen zusätzlichen ökonomischen Effekt von 754 000 Rubel zu sichern.

M. S. Gorbatschow empfing H.-D. Genscher

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, hat am 30. Juli im Kremel den Außenminister der BRD, H.-D. Genscher, zu einem Gespräch empfangen. Das war nicht die erste Zusammenkunft. Und da in den vergangenen zwei bis drei Jahren nicht wenig in den bilateralen Beziehungen und in Europa getan wurde, darunter auch unwägigen, müssen wir uns, Genossen, fest darauf einstellen, eine entscheidende Wende zu praktischen Taten herbeizuführen.

Viel Raum nahmen die gesamteuropäischen Angelegenheiten ein. In der UdSSR, bemerkte M. S. Gorbatschow, werden die möglichen Folgen der Pläne für eine militärische Integration in Westeuropa und für die Bildung eines Binnenmarktes bis 1992 analysiert. Die europäischen Politiker hatten dafür, daß dies den in der Zwischenzeit zu einer Realität werdenden positiven Vorhaben im Bereich der Abrüstung und der Festigung der Sicherheit nicht schadet und den KSZE-Prozess, die Konzeption des „gesamteuropäischen Hauses“ nicht untergräbt, die auf die allgemeine Zusammenarbeit im Interesse aller orientiert ist. H.-D. Genscher äußerte sich dahingehend, daß hierbei keine Gefahr für die Zukunft Europas bestehe. Im Gegenteil, die Errichtung eines Binnenmarktes im Rahmen der EG ermöglichte Zusammenarbeit und Offenheit im Maßstab ganz Europas und im Weltmaßstab. Er konstatierte weiter, daß es in Europa immer Raum für die Existenz von Staaten gegeben hat und geben wird, die verschiedenen sozialen und politischen Systemen angehören.

Die vielfältigen Prozesse, die sich in Europa vollziehen, bergen große Möglichkeiten für die Lösung bedeutender, globaler Probleme in sich, und zwar so, daß dies auf internationaler Ebene beispielgebend sein könnte.

Vieles hängt hier auch von den Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR ab. Sowohl im Bewußtsein der Öffentlichkeit dieser Länder als auch im politischen Bereich hat sich das Verantwortungsgefühl für die Schaffung solcher Beziehungen zwischen ihnen herausgebildet, die der Entwicklung der positiven

Prozesse in ganz Europa und in der Welt dienen könnten.

Dazu haben die grundlegenden Erfahrungen geführt, die mit der sogenannten „Ostpolitik“ der BRD zusammenhängen, die von der vorangegangenen Regierungskoalition eingeleitet wurde und zu der man sich auch heute bekennt. Es hat sich ein bestimmter Fonds an Vertrauen herausgebildet, der wirklich entscheidende Bedeutung hat. M. S. Gorbatschow pflichtete dem Gedanken H.-D. Genschers bei, daß Vertrauen leicht zu zerstören, aber schwer zu schaffen ist. Das lehrt die Geschichte beider Völker und die Geschichte Europas. Deshalb ist es so wichtig, das Vertrauen zu bewahren, es auszubauen und mit konkretem Inhalt zu erfüllen. Gerade diesem Anliegen müssen vor allem die Vorbereitung der gegenseitigen Besuche auf höchster Ebene und die Besuche selbst dienen.

Beide Seiten wünschen, daß die bevorstehenden Besuche der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen einen starken Impuls geben. Es gilt, die bedeutendsten Gegenwartsprobleme zu erörtern und so vorzugehen, daß die Ergebnisse der Besuche alles in sich aufnehmen, was bislang akkumuliert worden ist, und daß daraus große und zukunftsorientierte Taten sowohl im Bereich der Politik als auch in Wirtschaft, Ökologie, Kultur und in der Sphäre der menschlichen Kontakte resultieren.

M. S. Gorbatschow betonte, daß man sich nicht fürchten soll, die Welt umfassend zu betrachten und in die Zukunft zu schauen. Es sei an der Zeit, die Außenpolitik auf ein solches Niveau zu bringen, daß sie nicht nur auf aktuelle Ereignisse reagiert, sondern auch die neuen internationalen Beziehungen im Geist des neuen Denkens widerspiegelt. Ein solches Herangehen an die Formulierung der Außenpolitik habe bereits die ersten wichtigen praktischen Ergebnisse gebracht, obwohl es zuerst Skepsis und Zweifel hervorgerufen hatte.

Es wurde die Lage auf dem Genfer Treffen erörtert. Unter Bezugnahme auf den Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses unterstrich M. S. Gorbatschow das Interesse der Sowjetunion und aller Staaten des

Warschauer Vertrages, dieses Treffen ohne Verzögerungen zu beenden. Wir sind bereit, zur Lösung der dort auftretenden Probleme weit zu gehen, aber möge niemand mit unserer einseitigen Abrüstung rechnen.

Während des Gesprächs wurden mehrmals Fragen der Umgestaltung und ihrer Auswirkungen sowohl auf die Sowjetunion selbst als auch auf die übrige Welt, auf Europa, darunter auch auf das sowjetisch-bundesdeutsche Verhältnis, angesprochen.

Im Zusammenhang mit der XIX. Parteikonferenz und dem jüngsten ZK-Plenum skizzierte M. S. Gorbatschow kurz das Wesen der gegenwärtigen Etappe der in Gang gekommenen Prozesse und charakterisierte die Verfahrensweisen der Partei bei der Bewältigung der gewaltigen Aufgaben, vor denen das Land steht. deren Lösung bedeutet für das Land selbst eine echte Revolution und wird sich zweifellos günstig auf die gesamte internationale Entwicklung auswirken. H.-D. Genscher sprach vom Interesse der BRD und Westeuropas am Erfolg der in der Sowjetunion begonnenen Umgestaltungen.

Der Meinungsaustausch zu diesem Thema hat die zunehmende Einsicht erkennen lassen, daß sich jedes System wandeln und auf seine Art die eigene Probleme meistern muß, daß niemand im Alleinbesitz der Wahrheit ist, geschweige denn das Recht hat, seine Werte anderen aufzudrängen, daß die Unterschiede in den Wegen und Systemen keineswegs Anlaß zu Konfrontation sein dürfen, sondern, im Gegenteil, der gegenseitigen Bereicherung und der Zusammenarbeit zum Nutzen für jeden und für den gemeinsamen Fortschritt dienen können.

H.-D. Genscher überbrachte M. S. Gorbatschow Grüße des Bundeskanzlers H. Kohl. M. S. Gorbatschow bat, den Kanzler zu großen in Erwartung der persönlichen Begegnung in naher Zukunft.

Am Treffen nahmen E. A. Schwendamme, die Botschafter J. A. Kwizinski und A. Meyer-Landruhr und der Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt Ch. Freiherr von Richthofen teil.

(TASS)

Referat M. S. Gorbatschows

(Fortsetzung)

Ferner, ich will Sie darüber in Kenntnis setzen, wie wir an die Realisierung der auf der Konferenz von den Delegierten ausgesprochenen kritischen Bemerkungen herangehen. Zu allen Fragen, die einer operativen Lösung bedürfen, hat das Politbüro den in den zuständigen Organisationen arbeitenden Kommunisten und den Leitungskadern Aufträge gegeben. Zu Perspektivproblemen wurden ebenfalls Aufträge erteilt und Fristen für die Vorbereitung konkreter Vorschläge festgelegt. Das Politbüro wird die gesamte Arbeit im Auge behalten.

I.

Genossen! Die konkrete Situation gestaltet sich derart, daß die Verwirklichung der Beschlüsse der Parteikonferenz mit den Rechenschaftslegungen und Wahlen in der Partei zusammenfallen. Sie werden mir, denke ich, bepflichten, daß die bevorstehenden Rechenschaftslegungen und Wahlen allen vorhergegangenen nicht ähneln werden.

All das verpflichtet das Zentralkomitee sowie die Parteikomitees an der Basis, sich gründlich auf die Rechenschafts- und Wahlkampagne vorzubereiten und sie auf dem höchsten Niveau durchzuführen. Es sollte für alle klar sein, daß die Parteiorganisationen eine strenge Selbstkontrolle durchführen und eine verantwortungsvolle Prüfung vor der Gesellschaft ablegen werden.

Das wird offenbar ein aufrichtiges, offenes und ehrliches, wahrhaft parteiliches Gespräch darüber sein, wie jeder von uns die ihm auferlegte Pflicht erfüllt, welchen Beitrag er zu der Umgestaltung leistet, ob bei allen die Worte über die Unterstützung der Umgestaltung mit erforderlichen Handlungen bekräftigt werden. Solch ein Vorgehen muß dem Gespräch auf den Parteiversammlungen und Konferenzen zugrunde liegen. Und das ist recht so, Genossen. Das entspricht den Forderungen der Konferenz — mehr Sachlichkeit, mehr Resultate.

Gerade deshalb muß in den Mittelpunkt der Parteidiskussion die Frage gestellt werden: Was ist zu tun, um der Umgestaltung mehr Dynamismus, mehr Effektivität zu verleihen, dem Sich-Warmlaufen ein Ende zu legen, um allem, was uns beim Vorwärtsschreiten stört, einen endgültigen Schlag zu versetzen.

Deswegen ist es sehr wichtig, die Parteiversammlungen und Konferenzen demokratisch und offen abzuhalten, jegliche Überorganisiertheit auszuschließen, einen breiten Raum der objektiven Einschätzung der Sachlage und aller Fragen, die die Menschen bewegen, zu geben.

Kurzum, auf den Rechenschafts- und Wahlversammlungen sowie den Parteikonferenzen der Kommunisten muß das auf der XIX. Parteikonferenz angeschnittene Gespräch fortgesetzt werden, mit derselben Prinzipientreue und Sachlichkeit. Die Zustände verlangen gerade solches Herangehen.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Wahlen der Führungsgremien der Partei jetzt anders ablaufen werden. Die Auftritte der Delegierten der Konferenz überzeugen uns, daß die Kommunisten sehr verantwortungsvoll an die Formierung des leitenden Bestands der Partei herangehen werden. Sie werden aus prinzipiellen Positionen aus entscheiden, wem die Leitung der Parteiorganisation auf diesem wichtigen Abschnitt der Umgestaltung, in dem wir uns in allen seinen Hauptrichtungen mit der Lösung praktischer Aufgaben befassen, anzuvertrauen ist.

Man muß jetzt schon die Empfehlungen der Konferenz über die Ordnung der Aufstellung und Prüfung von Kandidaten und die Aufnahme einer größeren Zahl von Kandidaten als der festgelegten Mandate in die Zettel für die geheime Abstimmung und das Recht der Aufstellung von Kandidaten für die höheren Parteioberinstanzen von unten realisieren. Kurzum, wir müssen so vorgehen, wie wir es auf der Konferenz vereinbart haben, und dabei muß auch die Atmosphäre so sein, wie sie auf der Konferenz herrschte.

Das Politbüro ist der Auffassung, daß es angesichts der Wichtigkeit der Aufgaben, die die Berichtswahlkampagne zu lösen hat, zweckmäßig wäre, diesbezüglich einen Sonderbeschluss des Plenums des ZK der KPdSU zu fassen. Einen solchen Schritt unternehmen wir zum ersten Mal, doch er wird von der Situation selbst diktiert. Gleichzeitig ergibt sich die Notwendigkeit, an der Bestimmung über die Wahlen Veränderungen vorzunehmen. Die dahingehenden Vorschläge haben Sie vorliegen, und Sie werden dazu offensichtlich Ihre Überlegungen und Bemerkungen äußern.

Ich möchte auch auf eine andere Frage aufmerksam machen, die ganz gesetzmäßig im Laufe der Berichtswahlkampagne aufkommt. Es geht um die Festlegung der Konferenz hinsichtlich der Reduzierung der Ausübungsführender Funktionen in der Partei auf zwei aufeinanderfolgende Wahlperioden. Diese Regel soll auf Empfehlung der Konferenz bereits von der kommenden Berichtswahlkampagne an in Kraft treten. Welche Verfahrensweise ist hierbei erforderlich?

Anschließend sollte auch das Abziehen der Amtsperioden mit den derzeitigen Wahlen beginnen.

Ein Gesetz kann, wie man so sagt, nicht rückgängig gemacht werden. Damit scheint alles klar zu sein. Natürlich können bei den Kommunisten während der Berichtswahlversammlungen und -konferenzen Fragen aufkommen, wie man mit Genossen verfahren soll, die bereits seit längerer Zeit gewählte Funktionen ausüben? Dabei wird doch den Kommunisten durch das Parteistatut das uneingeschränkte Recht gewährt, einen beliebigen Parteifunktionär, unabhängig davon, wie lange er diesen oder jenen Posten bekleidet, wiederzuwählen oder nicht. Und das kommt es vor allem nicht auf das Dienstalter des jeweiligen Funktionärs, sondern darauf an, wie er mit seinen Pflichten fertig wird und ob er das Vertrauen und die Unterstützung der Kommunisten, der Werktätigen hat. Dies ist also das maßgebende Kriterium, von dem wir uns bei der Gestaltung der Wahlorgane leiten lassen sollten. Das muß auch im Beschluß des ZK-Plenums unumwunden gesagt werden.

Eine weitere Frage, die wir hier auf dem Plenum entscheiden sollten, hängt mit der Empfehlung der Konferenz zusammen, eine zentrale Kontroll- und Revisionskommission der KPdSU und deren Organe an der Basis zu bilden. Sollten wir nicht schon jetzt während dieser Berichtswahlkampagne mit der Bildung dieser Gremien von unten beginnen? Auf solche Weise könnten wir sowohl den Prozeß selbst beschleunigen, als auch die ersten Erfahrungen sammeln und dieselben bis zum Parteitag auswerten. Es besteht da auch eine andere Möglichkeit, nämlich das alles im Vorfeld des Parteitages zu tun. Wollen wir uns darüber beraten.

Wenn ich schon bei der kommenden Berichtswahlkampagne und den in ihrem Verlaufe zu lösenden Fragen und Problemen angeht, bin ich, möchte ich besonders auf die Tätigkeit der Parteigrundorganisationen eingehen. Denn gerade hier nimmt die Berichtswahlkampagne innerhalb der Partei ihren Anfang. Dabei liegt es gar nicht so sehr daran, als vielmehr an der Tatsache, daß die Parteigrundorganisationen sich heute in eine neue Situation gestellt sehen, sowohl im Hinblick auf die eingeleiteten Umgestaltungsprozesse in der Wirtschaft und im sozialen Bereich, als auch angesichts der Vertiefung der Demokratisierung des Lebens der Arbeitskollektive und der ganzen Gesellschaft. Das ist verständlich, werden doch alle Angelegenheiten vor Ort, in den Arbeitskollektiven entschieden. Deshalb müssen die Parteikomitees den Parteilern und den Parteimitgliedern die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Hier gilt es, vieles neu zu durchdenken, um so zu handeln, damit die Partei unter Berücksichtigung der vor sich gehenden Wirtschaftsreform und der Erweiterung der Rechte der Arbeitskollektive als politische Vorhut in Aktion treten kann.

Bekanntlich wurde bei den Diskussionen vor und während der Konferenz viel über die Hebung der Rolle der Wahlorgane der Partei gesprochen. In diesem Zusammenhang möchte ich folgendes sagen. Wir müssen uns darum kümmern, daß die wiedergewählten Parteikomitees vom ersten Tag ihrer Arbeit an jene Ideen zu verwirklichen beginnen, die von der Konferenz hervorgebracht worden sind. Unter anderem muß erreicht werden, daß alle Mitglieder der gewählten Parteioberinstanzen an der Untersuchung der Verallgemeinerung und der Diskussion der Schlüsselfragen im Leben der Parteioberinstanzen teilhaben.

Um das herbeizuführen, müssen die Mitglieder der Parteikomitees offensichtlich nicht nur in Einzelfällen zur Vorbereitung der Fragen herangezogen werden, die es in den Plenartagungen und Bürositzungen zu behandeln gilt, sondern es muß dieser Sache vor allem durch die Bildung der entsprechenden Kommissionen für die wichtigsten Fragen der Parteitätigkeit ein permanenter Charakter verliehen werden. Auch sollten wir, denke ich, an der Forderung des Statuts festhalten und die Plenartagungen über die Arbeit der Büros der Parteikomitees informieren.

Auf der Konferenz wurde vereinbart, im Rahmen einer Reform des politischen Systems alle erforderlichen Maßnahmen zur Abgrenzung der Funktionen der Partei-, der Staats- und der Wirtschaftsorgane zu verwirklichen und im Hinblick darauf praktische Schritte zur Verwirklichung der Struktur und der Tätigkeit des Parteiapparats zu unternehmen. Zur Diskussion der Ausgangsprinzipien für die Lösung dieser Aufgabe wurden vom Politbüro Vorschläge zu den Hauptrichtungen der Umgestaltung des Parteiapparats erarbeitet. Sie haben diese vorliegen und werden dazu offensichtlich Ihre Überlegungen und Bemerkungen äußern.

Die Konferenz hat sich für die strikte Einhaltung des Prinzips der strengen Unterordnung des Parteiapparats den gewählten Parteioberinstanzen und seiner Rechenschaftspflichtigkeit ihnen gegenüber ausgesprochen. Die Aufgabe des neuen Apparats besteht vor allem darin, den Wahlorganen, der gesamten Partei zu helfen, ihre Funktion als politische Vorhut der Gesellschaft zu erfüllen. Darin liegt der Sinn. Also ist es notwendig, den Parteiapparat völlig von den Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionen zu befreien

und seine Arbeit auf den Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik zu konzentrieren sowie den Schwerpunkt auf die politischen Leitungsmethoden zu verlegen. Das muß in der Struktur wie in der Kadernumsetzung des Apparats seinen Niederschlag finden. Letzterer muß eine hohe fachliche Kompetenz und eine viel geringere Mitgliederstärke als heute aufweisen. Das wird selbstverständlich die Frage des richtigen Einsatzes der freigestellten Mitarbeiter entstehen lassen. Im Parteiapparat sind ausgebildete Kader konzentriert. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen müssen maximal effektiv im Interesse der Gesellschaft und natürlich unter Berücksichtigung der Wünsche der freizusetzenden Genossen genutzt werden. Hier darf es bei uns meiner Ansicht nach keine zwei Meinungen geben.

Mit der Ausarbeitung der Hauptparameter der Struktur des Parteiapparats könnte das Politbüro und mit der Lösung konkreter Fragen der Struktur und der Kader, wie es die ZK-Mitglieder wiederholt vorgeschlagen haben, die örtlichen Parteioberinstanzen beauftragt werden.

Nun über die Sowjets. Die Umgestaltung ihrer Tätigkeit ist die wichtigste Aufgabe der politischen Reform. Wir müssen nach den Wahlen in der Partei auch die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR durchführen und die höchsten Staatsorgane unseres Landes, die Machorgane in den Republiken, Regionen, Gebieten, Bezirken, Städten, Rayons, Siedlungen und ländlichen Ortschaften reorganisieren. All das muß innerhalb eines Jahres bewältigt werden.

Es ist durchaus verständlich, daß die Lösung solcher umfangreichen Aufgaben nur auf einer entsprechenden rechtlichen Grundlage möglich ist. Dafür müssen eine Reihe wichtiger Ergänzungen und Änderungen der Verfassung und der Gesetzgebung über die Wahlen vorbereitet und dem Sowjet der UdSSR in diesem Herbst unterbreitet sowie einige andere juristische Akte angenommen werden.

Dies wird die Analyse eines großen Kreises von Fragen erfordern, die die Interessen des ganzen Staates betreffen. In diesem Zusammenhang hält es das Politbüro für zweckmäßig, eine Sonderkommission des ZK zu bilden. Vorschläge diesbezüglich sind schon verteilt. Wenn Sie irgendwelche Bemerkungen haben, so bitten wir, sie zu äußern. Ich möchte nur noch um Ihr Einverständnis bitten, in die Kommission außer den ZK-Mitgliedern vier Erste Sekretäre der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken aufzunehmen, die jetzt zum Zentralkomitee der Partei nicht gehören.

Die Kommission muß ihre Arbeit offenbar so aufbauen, daß sie sich auf die Meinung von Wissenschaftlern, Praktikern und der breitesten Massen der Öffentlichkeit stützt. Darauf müssen wir zum Plenum des ZK wohl schon vor der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zusammenkommen, um die Vorschläge, die man ihr unterbreiten werden wird, endgültig vorzubereiten.

Ohne auf all das, was der Kommission zu tun bevorsteht, einzugehen, möchte ich die Frage der Formierung des Korps der Volksdeputierten akzentuieren, da sie eine der wichtigsten ist. Wir müssen den Komplex von Umgestaltungsverwirklichungen und dabei entsprechende Voraussetzungen dafür im Wahlgesetz schaffen. Ihr Hauptziel ist, die wahre Vertretung aller Bevölkerungsschichten in den Sowjets zu gewährleisten und zu erreichen, daß zu Deputierten Menschen gewählt werden, die die neuen Funktionen unter den Bedingungen der verschiedenen Verstärkung der Rolle der Sowjets ausüben können.

Selbstverständlich müssen wir von der Reglementierung der Zusammensetzung der Volksvertretungen abgehen. Bei der Nominierung von Kandidaturen darf es keine Beschränkungen geben. Den Wählern muß das Recht auf tatsächliche Wahl sowohl im Stadium der Prüfung und Aufstellung der Kandidaten als auch im Stadium der Abstimmung gewährt werden. Dies bedeutet, daß auf dem Wahlzettel in der Regel mehr Kandidaten stehen müssen, als Mandate verfügbar sind. Für diese Ordnung hat sich die Parteikonferenz eigentlich ganz eindeutig geäußert.

Was die Organisation der Wahlen selbst betrifft, so haben die Erfahrungen gezeigt, daß sich die Wahlen mit dem Mehrmandatssystem besser für die Wahlbezirke in den Dorf-, Siedlungs-, Bezirks-, Rayon- und Stadtwahlkreisen eignen. Hier kennen die Wähler ihre Kandidaten besser und können die richtige Wahl treffen, da ihnen die Liste vorliegt. Ich glaube, auch das Institut der Reservedeputierten bewährt sich.

Was aber andere örtliche Sowjets sowie die Volksdeputierten der UdSSR, der Unions- und autonomen Republiken betrifft, so ist es wohl zweckmäßig, sie nach dem Einmandatssystem zu wählen. Allerdings muß auch dabei den Arbeitskollektiven und Massenorganisationen die Möglichkeit geboten werden, eine unbegrenzte Zahl von Deputiertenkandidaten zu nominieren. Die Wählerversammlungen des Bezirks werden auf demokratischem Weg entscheiden, wer in die Wahlzettel einzutragen ist, wobei sie selbstverständlich daraus aus-

gehen werden, daß die Auswahl der vorgeschlagenen Kandidaturen auch bei der Abstimmung gesichert wird.

Und noch eine Frage. Wir haben auf der Konferenz vereinbart, ein Drittel der Volksdeputierten der UdSSR unmittelbar durch gesellschaftliche Organisationen zu wählen. Dieses Organisationsprinzip der obersten Macht des Landes könnte, wie uns scheint, mit einigen Korrekturen auch auf die Unions- und autonomen Republiken ausgedehnt und in deren Verfassungen verankert werden.

Angesichts der großen Änderungen in der Ordnung der Wahl der Deputierten und der Verlangung der Vollmachterfrist der örtlichen Sowjets steigt die Rolle der territorialen Wahlkommissionen. Es ist offenbar zweckmäßig, diese Kommissionen ständig wirkend zu machen, ihre Vollmachten sowohl bei der Organisation der Wahlen als auch bei der Einberufung der ersten Kongresse und Tagungen der Sowjets der Volksdeputierten zu erweitern. Das wird in der Tat die Übergabe der Organisation der Wahlen an die Öffentlichkeit bedeuten.

An die Vorbereitung der Gesetze über die Wahlen muß man schöpferisch herangehen und alle regionalen und nationalen Besonderheiten berücksichtigen. Wenn die Gesetze über die Wahlen in den örtlichen Sowjets in manchem in verschiedenen Republiken auch unterschiedlich sein werden, so werden unsere Erfahrungen auf dem Gebiet der Demokratie nur noch reicher sein, und es werden neue Möglichkeiten für die weitere Entwicklung des Wahlsystems hinzukommen.

Die vorbereitenden Gesetzgebungsakte müssen das Recht der Deputierten vorsehen, die Fragen an den Tagungen in geheimer Abstimmung zu lösen und festzulegen, aus welchen Quellen die Arbeit der Deputierten in der Zeit ihrer Freisetzung von ihren Produktions- und Amtspflichten entlohnt wird. Die Schaffung von Präsiden der örtlichen Sowjets sowie die Wahl der Vorsitzenden der Sowjets muß verfassungsmäßig verankert werden.

Damit die Sowjets und ihre Exekutivkomitees ihre neuen Funktionen normal ausüben können, müssen gebührende Bedingungen für sie geschaffen werden. Es gilt, eine entsprechende materielle und rechtliche Basis zu schaffen und einen Komplex von Stimuli zu bilden, die die Sowjets veranlassen würden, die Erfüllung ihrer Pflichten auf neue Art heranzugehen. Im Hinblick darauf muß man anscheinend sofort mit der Vorbereitung eines Gesetzes über die örtliche Selbstverwaltung und die örtliche Wirtschaft beginnen, das die Rechts- sowie materielle und finanzielle Lage der örtlichen Sowjets festlegen würde. Hier darf es nur eine eindeutige Einstellung geben: Alles, was man an der Basis zu lösen vermag, muß zur Kompetenz der örtlichen Sowjets gehören.

Die Rechtsreform ist eng mit der Demokratisierung der Tätigkeit der Sowjets verbunden. Die Reorganisation der Gerichte vermögen wir in kurzen Fristen zu verwirklichen. Gegenwärtig steht die Vorbereitung entsprechender Akte zu diesen Fragen vor ihrem Abschluß.

Von wichtiger Bedeutung sind die Überprüfung des Strafbuchbuches, die Einschränkung des Verzeichnisses der Rechtsverletzungen, die eine strafrechtliche Verantwortlichkeit nach sich ziehen, sowie die weitgehendere Anwendung von Strafen, die mit einem Freiheitsentzug nicht verbunden sind. Die Entwürfe der neuen Strafbücher sollen für die Volkssprache veröffentlicht werden. Parallel wird man an der Strafprozeß- und Besserungsgesetzgebung, an den Strafbuchbüchern der Unionsrepubliken arbeiten.

Was die Rechtsanwaltschaft und die Voruntersuchung betrifft, so werden zur Zeit die Projekte für ihre Vervollkommnung vorbereitet und sollen demnächst zur Diskussion gestellt werden. Es besteht die Möglichkeit, bis zum Jahresende Akte bezüglich des Rechtsdienstes in der Volkswirtschaft und der Erweiterung der Funktionen der Arbitrage sowie der Organisation einer verbindlichen Rechtsausbildung in unserem Lande vorzubereiten und anzunehmen.

Auf diese Weise reihen sich folgende dringende Aufgaben im Bereich des Staatsaufbaus aneinander.

Vor allem gilt es, den Entwurf eines Gesetzes der UdSSR über die Wahl der Volksdeputierten in der Sowjetunion vorzubereiten und Anfang Oktober zur Volkssprache zu unterbreiten.

Für die zweite Novemberhälfte ist geplant, eine Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR einzuberufen, der der Entwurf von Änderungen und Ergänzungen zur Verfassung der UdSSR und der Entwurf eines Wahlgesetzes zur Bestätigung vorgelegt werden. Darüber hinaus könnte auf dieser Tagung vereinbart werden, daß die Wahl der Volksdeputierten der UdSSR für März 1989 stattfindet. Die Tagung sollte zweckmäßigerweise auch Entwürfe neuer Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über das Gerichtswesen in der UdSSR und eines Gesetzes über den Status der Richter in der UdSSR erörtern.

Falls Sie es unterstützen woll-

ten, Genossen, so schlage ich vor, daß das ZK der KPdSU als Gesetzgebungsinitiative der Tagung die Aufgaben der Vervollkommnung der Struktur und Tätigkeit der Staatsmacht- und der Rechtspflegeorgane im Sinne der Beschlüsse der XIX. Unionsparteikonferenz zur Erörterung vorlegt.

Sofort sei hier auf Fragen eingegangen, die im April 1989 dem ersten Kongreß der Volksdeputierten unterbreitet werden könnten. Der Kongreß wird den Obersten Sowjet der UdSSR und den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR wählen.

Außerdem könnten auf den Vorschlag des Vorsitzenden des Obersten Sowjets hin auf dem Kongreß der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, die Vorsitzenden des Ministerrates, des Komitees für Volkskontrolle und des Obersten Gerichts bestätigt werden, die beauftragt würden, Vorschläge bezüglich der Zusammensetzung dieser Organe dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Erörterung vorzulegen. Zugleich könnte der Kongreß der Volksdeputierten den Generalstaatsanwalt, den Staatlichen Hauptschiedsrichter der UdSSR ernennen und das Komitee für verfassungsrechtliche Aufsicht bilden.

Auf der ersten Tagung des neu gewählten Obersten Sowjets der UdSSR müssen der Ministerrat der UdSSR sowie andere rechenschaftspflichtige Organe gebildet werden. Auf der Parteikonferenz wurden sehr aktiv Fragen bezüglich der Entwicklung der Jugendbewegung, der Rechte der Gewerkschaften, der Presse und eine Reihe anderer erörtert. Im Hinblick darauf soll man alles so einrichten, daß sofort von den ersten Schritten der Tätigkeit unseres höchsten gesetzgebenden, vollziehenden und Kontrollorgans des Landes an sich diese überaus wichtigen politischen, gesetzgebenden und Rechtsfragen auch in seinem Blickfeld befinden.

Genossen! Die Tatsache, daß unser Staat ein multinationaler Staat ist, verleiht der politischen Reform einen besonderen Charakter, ihre Nuance und Eigenart. Bekanntlich gibt es im Leben keine ein und für immer gelösten Probleme. Und das bezieht sich vor allem auf die Nationalitätenfrage. Es erübrigt sich gewiß zu beweisen, daß der Charakter der Entwicklung der nationalen Beziehungen eine erstrangige Bedeutung für unseren Unionsstaat hat und daß die Nationalitätenpolitik für unsere Kommunistische Partei und den Sowjetstaat eine besonders komplizierte Politik ist, doch zugleich sehr wichtig und nötig ist. Und das ist gesetzmäßig, denn in dieser Politik sind die ökonomischen, sozialen und geistigen Probleme zu einem festen Knoten verflochten.

Bekanntlich hat die Konferenz den Vorschlag des Politbüros unterstützt, ein Plenum des ZK zu Fragen der nationalen Beziehungen durchzuführen. Dazu soll man sich ernsthaft vorbereiten, die weite Öffentlichkeit, wissenschaftliche Kreise, Vertreter der Republiken heranziehen, Ideen und Vorschläge sammeln.

Was möchte ich hier unter dem Einfluß wiederholter Erörterung dieser Probleme im Politbüro und auf der jüngsten Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vorgreifend sagen? Vor allem über die Ursachen der gegenwärtigen Zuspitzung der zwischenationalen Beziehungen in einigen Regionen des Landes.

Am ersten Platz darunter stehen zweifellos die Folgen einer langjährigen Vernachlässigung der spezifischen sozialen, ökonomischen und geistigen Anforderungen der zahlreichen Nationen und Völkerschaften, die unser Land bilden.

Eine andere nicht minder wichtige Ursache ist die wenig effektive Kontrolle über die Tätigkeit der leitenden Kader seitens der Massen, infolgedessen einige Mitarbeiter das Gefühl der Verantwortung für ihren Auftrag eingebüßt haben, mehr noch — den Weg des Amtsmißbrauchs und der Mißachtung vor den Menschen, der Ignorierung deren konkreter Bedürfnisse und Interessen betreten.

Und noch zu einer Ursache, ich habe hier die aktive Reaktion korrumpierter Gruppen auf die Umgestaltung im Auge. Man muß es frei heraus sagen, daß es ihnen mancherorts gelungen ist, die natürlichen nationalen Gefühle in die zerstörende nationalstische Bahn zu lenken und das doch keinesfalls zufällig. Die nationalstischen Emotionen gereichen den Antiumgestaltungssträften zum Nutzen. Durch Schürung der zwischenationalen Konflikte wollen sie die öffentliche Meinung ablenken und die Verantwortung für ihre eigenen unannehmbaren Aktionen in den Jahren der Stagnation entgegen. Ich bin überzeugt davon, daß unser Volk, das kolossale internationalistische Erfahrungen angesammelt hat, es niemandem gestattet, einen Anschlag auf die Einheit unserer Union, die Freundschaft und Brüderlichkeit der Menschen aller Nationalitäten unseres Vaterlandes zu machen.

Man soll auch über die Verwirklichung der sowjetischen Gesetze zu diesen Fragen nachdenken. Es gilt, besonders die Verantwortung für die Schürung nationalen Haders und für die Propaganda der Rassen- und nationalen Ausschließlichkeit zu erhöhen. Das resultiert unmittelbar aus Artikel 36 der Verfassung der UdSSR.

Es erübrigt sich, darüber zu sprechen, wie aufmerksam wir uns zur Entwicklung der Muttersprache, der nationalen Kulturen, zum Natur- und Denkmalschutz und zu all dem verhalten müssen, was die Eigenart jeder Nation und Völkerschaft und ihren einmaligen Beitrag zur gesamten Schatzkammer der sowjetischen Kultur bestimmt, für die Vielseitigkeit und ein Reichtum an nationalen Farben kennzeichnend sind. Kurzum, jede Frage, wo sie auch aufkommen mag, müssen wir im zusammenhängenden Kontext des Unionslebens sehen und von weltgehenden parteimäßigen und gesamtstaatlichen Positionen aus betrachten.

Was ist jetzt in erster Linie erforderlich? In den Vordergrund ist die Ausarbeitung und Verwirklichung großangelegter Maßnahmen zur weiteren Entwicklung und Festigung unseres Bündnisses zu stellen.

Man muß Vorschläge über die Abgrenzung der Kompetenz der UdSSR und der Unionsrepubliken und die Übergabe einer Reihe von Verwaltungsfunktionen an die Republiken vorbereiten. Festzulegen sind optimale Varianten des eventuellen Übergangs der Republiken und Regionen zu den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Entwicklung der direkten Beziehungen zwischen ihnen unter exakter Konkretisierung des Beitrages zur Realisierung von Unionsprogrammen.

Zugleich gilt es, an die Erneuerung der Gesetzgebung über die Unions- und autonomen Republiken, autonomen Gebiete und Bezirke zu gehen. Es geht unter anderem um die Erweiterung der Rechtsgarantien bei der Befriedigung der nationalen und kulturellen Bedürfnisse der Nationalitäten, die außerhalb ihrer staatlichen und territorialen Gebilde wohnen oder solche nicht haben.

Exakt festzulegen sind die neuen Funktionen des Nationalitätensojets des Obersten Sowjets der UdSSR sowie die Ordnung über die Bildung bei Bedarf ständiger Kommissionen für Fragen zwischenationaler Beziehungen in den Sowjets aller Ebenen.

Die besondere Aktualität des Problems der Sprachpolitik berücksichtigt man wohl ein Entwurf des Unionsgesetzes zur freien Entwicklung und gleichberechtigter Nutzung der Sprachen der Völker der UdSSR vorbereitet und zur umfassenden Erörterung unterbreitet werden.

Heute müssen wir wiederum auch bestätigen, daß die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei mit Nationalismus und Chauvinismus unvereinbar ist. W. I. Lenin schuf die bolschewistische Partei als eine ihrem Geiste, ihrem Programm und ihrer nationalen Zusammensetzung nach internationalistische. Er darf keine Rechtfertigung für einen Kommunisten geben, der die Position des Chauvinismus oder Nationalismus vertritt. Evident ist das eine Abkehr von einem der wichtigsten politischen Prinzipien der Partei. Jeder Kommunist muß das im Auge haben.

II.

Genossen! Besonders aktuell wurde auf der Konferenz, wie Sie wissen, die Erörterung solcher Probleme wie Lebensmittelversorgung, Wohnungsbau und die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen. Dabei waren die Delegierten bei ihren Einschätzungen sehr streng. Und das ist verständlich, denn die Lösung sehr wichtiger Fragen, die das Niveau des Volkswohlstands bestimmen, ist sehr in die Länge gezogen worden, und der Rückstand hat hier chronischen Charakter angenommen.

Ich möchte vor allen Dingen auf die Versorgung mit Lebensmitteln eingehen. Das Politbüro ist der Ansicht, daß hier dringende und kardinale Maßnahmen sowohl von laufendem als auch perspektivischem Charakter notwendig sind.

In der konkreten Situation dieses Jahres, wo viele Rayons des Wolgabietes, Ural, Sibiriens und Kasachstans der Dürre ausgesetzt sind, zielen sie nicht nur darauf, das Niveau der Lebensmittelversorgung beizubehalten, sondern es auch zu verbessern. Diese Zielsetzung ist nicht nur notwendig, sie ist realisierbar. Erstens hat sich die Lage in den letzten Wochen etwas verbessert. Zweitens, und das ist wohl am wichtigsten, ist jetzt die Arbeit an der Basis darauf gerichtet, die heutige Ernte vollständig einzubringen und zu erhalten sowie rationell zu nutzen. Dabei meine ich sowohl die Lebensmittel- als auch die Futtermittel.

Hier ist, möchte ich sagen, der Schwerpunkt der ganzen Arbeit dieses Jahres. Uns steht noch viel Arbeit bevor, und sie muß organisiert durchgeführt werden. Ich glaube, daß sich nicht nur die Werktätigen der Landwirtschaft, sondern auch der Städte über die entstandene Situation im klaren sind, und wie wir sehen, sie tun in der Tat alles, um keine Verschlimmerung der Lage an der Lebensmittelfront zuzulassen. Außerdem nutzen wir nötigenfalls auch die äußeren Quellen zur Auffüllung der Lebensmittelressourcen unseres Landes.

All diese Arbeit muß beharrlich und konsequent durchgeführt werden, indem wir Schritt für Schritt praktische Fragen lösen. Offenbar lohnt es sich nochmal zu unterstreichen, daß die Lebensmittelfrage die grundlegende soziale und politische Frage ist und daß hierbei ein beliebiges Mißverständnis ihrer prinzipiellen Wichtigkeit auszuschließen ist.

Nun über die künftigen Aufgaben bei der Lösung des Lebensmittelproblems. Diesbezüglich liegen Ihnen die Erwägungen des Politbüros vor. Worin liegt ihr Sinn?

Erstens, Die Analyse dieser

Fragen zeigt, daß wir über reale Möglichkeiten verfügen, bis Ende dieses Fünfjahresplanzeitraums das durch das Lebensmittelpogramm und die rationalen Ernährungsnormen vorgesehene Niveau des Pro-Kopf-Verbrauchs zu erreichen bei solchen wichtigsten Lebensmitteln wie Back-, Teig- und Konditoreiwaren, Graupen, Kartoffeln und Gemüse, Pflanzenöl und Butter, Vollmilchzerzeugnissen, Eier- und Geflügelfleisch, bei Fleisch und Obst wird man das in diesem Planjahr fünf nicht erreichen können. Allerdings kann auch hier die Lage erheblich verbessert werden.

Diese Schlussfolgerungen stützen sich auf die vorausgegangene Erforschung des gesamten Komplexes von Fragen zusammen mit den Unions- und autonomen Republiken, Regionen und Gebieten. Ich möchte nicht alles wiederholen, worum es in den Ihnen vorliegenden Vorschlägen geht. Ich halte es aber für notwendig, einige besonders wichtige Zahlen anzuführen. Es geht nämlich um die Vergrößerung des Aufkaufs im Jahre 1990 gegenüber den Aufgaben des Fünfjahresplans: von Vieh und Geflügel — um 2,5 Millionen Tonne und von Milch — um 4,3 Millionen Tonne.

Dabei sei unterstrichen, daß all diese Erzeugnisse — als überplanmäßige — den Republiken, Regionen und Gebieten selbst weiter zur Verfügung stehen werden. Das geplante Wachstumstempo zu gewährleisten ist selbstverständlich keine einfache Aufgabe; sie erfordert eine kluge und beharrliche Arbeit, aber auch die Interssiertheit aller an ihrer Lösung ist offensichtlich.

Unsere größte Reserve ist der Kampf gegen Verluste, für die vollständige Erhaltung und hochwertige Verarbeitung des Erzeugnisses und der tierischen Erzeugnisse. Das ist der kürzeste Weg dazu, daß die Versorgung mit Lebensmitteln schon in nächster Zeit verbessert wird. Die Lösung dieser Frage wird uns helfen, die Lebensmittelressourcen um mindestens 15 bis 20 Prozent zu vergrößern. Und dafür wird man viel weniger Zeit sowie Aufwendungen brauchen als für die Erweiterung des Produktionsumfangs. Die Investitionen für die Abschaffung der Verluste und die Verarbeitung sind die vorteilhaftesten und effektivsten. Die ganze Gesellschaft muß dieses Problem in Angriff nehmen.

Zweitens, Die Situation ist von der Art, daß wir in den letzten Planzeiträumen kolossale Mittel in die Landwirtschaft investiert haben, doch der Rückfluß davon war unbedeutend.

In den letzten 17 Jahren, Genossen, betrug der Umfang der für die Entwicklung der Landwirtschaft bereitgestellten Investitionen 680 Milliarden Rubel. Im Jahresdurchschnitt war der Wert der Produktionsgrundfonds dieses Zweiges in den Jahren 1986 bis 1987 um 2,7 mal, der Energieausstattungsgrad zweimal und die Grundfondsausrüstung mehr als dreimal höher als in den Jahren 1971 bis 1975. Die Lieferung von Mineraldüngemitteln hatte sich im vergangenen Jahr auf 2,6-fache gegenüber dem Jahr 1970 vergrößert und betrug 122 Kilogramm je Hektar Ackerland. Und das ist bei weitem noch nicht alles, was der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wurde. Doch der Umfang des Bruttoertrags hat in diesen 17 Jahren lediglich um 25 Prozent zugenommen. Dabei die Produktion von Getreide nur um 16 Prozent, von Baumwolle um 6 Prozent, von Zuckerrüben um 12, und die Kartoffelerträge verringerten sich um 9 Prozent.

In einzelnen Regionen ist die Situation noch schlimmer. Sehr gering ist der Rückfluß der Investitionen in der Landwirtschaft Usbekistans, Tadschikistans, Kirgisistans und Turkmenistans. Und in den Gebieten Pskow und Nowgorod ist die Gesamtproduktion im Verlaufe von 17 Jahren bei einer Vergrößerung des Fondsbesatzes auf Drei- bis Vierfache um 12 bis 25 Prozent zurückgegangen. Und hier liegt es nicht nur an den ungünstigen Bedingungen des Nichtschwarzerdegebiets, wo historisch nicht geringe Schwierigkeiten entstanden waren. Nehmen wir solche Gebiete wie Kirovograd, Tschernigow und Winniza. Bei einer Vergrößerung der Fonds auf 2 bis 2,5-fache ist hier die Bruttoproduktion eigentlich nicht gewachsen. Mehr noch, in diesen Gebieten sanken die Gesamterträge der Zuckerrüben, Sonnenblumen und Kartoffeln ab, die Fleisch- und Milchproduktion nahm unbedeutend zu.

Zwangslos müssen uns die besorgniserregenden Prozesse beunruhigen, die sich in der Landwirtschaft vollziehen. Worin liegen die Ursachen dieser Erscheinungen? Genossen, wir müssen auf diese Frage schon eine Antwort geben, die das Wesen des Problems aufzeigt.

Natürlich hat jede Region und auch jeder Agrarbetrieb seine konkreten Probleme und konkreten Ursachen dazu. Es gibt aber eine allgemeine Hauptursache — ich würde sagen — dafür, daß in die Landwirtschaft und in den Agrarsektor investierten Mittel nicht den gehörigen Rückfluß geben, uneffektiv genutzt und in vielen Fällen einfach brachgelegt werden. Diese Ursache besteht darin, daß die praktischen Maßnahmen zur Festigung der materiellen Basis des Dorfes nicht durch eine gleichzeitige entsprechende Arbeit zur Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen im Dorf untermauert werden.

Genossen, darüber müssen wir heute auf dem Plenum mit voller Bestimmtheit sprechen, denn es handelt sich um die Ausarbeitung der Haupttrichtung der Agrar-

(Fortsetzung S. 3)

Referat M. S. Gorbatschows

(Fortsetzung)

rapolitisch und die damit verbundenen praktischen Handlungen.

Wollen wir endlich offen sagen, daß bis jetzt die Mehrheit unserer Kader und der landwirtschaftlichen Leiter die weitere Steigerung der Produktion vor allem mit zusätzlichen Investitionen, neuen Anlieferungen von Ressourcen usw. verbinden und keinen anderen Weg sehen. Aber wir haben doch Hunderte und Tausende Kolchose und Sowchose, die unter denselben Bedingungen und eigentlich bei gleichbleibender Versorgung mit Ressourcen vortreffliche Produktions- und ökonomische Ergebnisse erzielen.

Schauen Sie mal, was die Leute leisten, die nach dem Familienleistungs- oder nach dem Pachtvertrag arbeiten. Sie erzielen auf der selben, mitunter auf einer schlechteren materiellen Basis weitaus höhere Leistungen. Erst heute habe ich in der „Selskaja Shisn“ den Beitrag über die Arbeit der Pächter in der Region Stawropol gelesen. Die Rede ist von dem Sowchos „Balkowski“, Rayon Georgijewka. Ich kenne diesen Sowchos. Ein Agrarbetrieb, der ständig unter Kadermangel leidet. Die Anwendung des Pachtvertrags half die Lage zu verbessern. Und es stellte sich heraus, daß man weniger Technik braucht und bessere Ergebnisse erzielt. Nie früher hat man hier solche Ernteerträge erreicht. Das Verhalten der Menschen zur Arbeit verbessert sich. Und darauf kommt es ja an. Der Sowchosdirektor hat nachgerechnet: Falls sich der Pachtvertrag weiter entwickeln wird, werden nicht mehr 90 Mechanisatoren, die heute im Ernteernteinsatz sind, erforderlich sein, sondern nur noch 50. Damit wird also auch das Kaderproblem, von dem heute viel geredet wird, seine Lösung finden.

Über die Pachtvertragsbeziehungen wurde schon viel gesprochen, wird auch viel geschrieben. Darüber liegen genug Fakten vor. Dabei gibt es Erfahrungen bereits in allen Regionen und Zonen des Landes. In allen Zweigen des Agrarsektors. Und überall ist der Pachtvertrag effektiv.

Zeugen denn diese Erfahrungen nicht davon, daß der Schlüssel zum Erfolg in der Veränderung der Einstellung der Menschen zur Arbeit liegt? Und das kann man nur durch eine grundsätzliche Veränderung der ökonomischen Beziehungen im Dorf erreichen. Unsere Aufgabe besteht darin, sie so umzugestalten, damit der Bauer wirklich Herr über seinen Boden sein wird und hier seine Kräfte und Wissen sowie seine Fähigkeiten richtig anwenden kann.

Das Wesen der Umgestaltung besteht darin, in der Tat ganz verschiedene Formen der Reallierung des sozialistischen Eigentums anzuwenden. Diese Aufgaben können wir nur auf der Grundlage einer allgemeinen und umfassenden Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und Eigenfinanzierung, der Leistungs- und Pachtvertragsmethode und der damit verbundenen Veränderung der innerbetrieblichen Beziehungen in den Kolchos und Sowchosen, der Entwicklung verschiedener Formen der Kooperation, der Gründung von Familienfarmen und anderer Einrichtungen, die unter den Bedingungen langfristiger Pachtverträge den Boden bearbeiten, der Entwicklung von Agrar-Industrie-Kombinaten, Agrarfirmen und aller nur möglichen Förderung der individuellen Nebenwirtschaften lösen.

Kurzum, wir müssen der Selbständigkeit und Verantwortung der Produzenten einen breiten Weg eröffnen und den landwirtschaftlichen Markt möglichst besser entwickeln. Niemanden von uns soll der Umstand verwirren, daß dem Bauern die Produktionsmittel gemäß einem Vertrag mit dem Agrarbetrieb für andauernde Nutzung überlassen werden. Darin steckt nichts Unsozialistisches. Das ist der wahre Sozialismus, der den Menschen in den Vordergrund rückt. Vor allem muß der Sozialismus damit aufräumen, daß den Menschen die Produktionsmittel, die Politik und die Kultur entzogen werden.

Ja, man darf sich nicht auf die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf der Ebene eines Kolchos oder eines Sowchos beschränken. Man muß hier durch die Pacht neuen Auftrieb geben. Man muß dem Menschen die Möglichkeit geben, sein Talent als Herr voll zur Geltung zu bringen, auf dem Boden so zu arbeiten, wie es seines Erachtens sein soll, denn er weiß besser als wir, wie das zu machen ist. Und das soll Sie nicht verwirren. Auf diesem Wege werden wir keine Niederlage erleiden, eher umgekehrt einen Erfolg erzielen. Die Vertrags- und Pachtformen der Führung der Landwirtschaft müssen im Lande umfassend Anwendung finden.

Diese Fragen sind heute für uns und auch für alle nächsten Etappen der Vervollkommnung der ökonomischen Beziehungen im Dorf so wichtig, daß ich hier wahrscheinlich manches hinzufügen muß. Den Gesprächen mit den Leitern von Gebiets- und Regionsparteiorganisationen und der Erforschung der Sachlage an der Basis entnahm ich, daß bei weitem nicht alle die, als Inspiratoren dieser Sache fungieren müßten, eine exakte Vorstellung vom Wesen der Sache haben. Seit 1983 leisten wir umfang-

reiche Arbeit zum Übergang der Produktionseinheiten der Kolchose und Sowchose zu verschiedenen Formen der kollektiven Leistungstragmethode mit Entlohnung nach dem Endergebnis. Das Leben bekräftigt, daß dies ein effektiver Weg der Wirtschaftsführung ist.

Zugleich — wie bereits gesagt — legte die Praxis es uns nahe, daß zur Zeit jene Formen der Wirtschaftsführung durchzuführen, die wirken, denen der Pachtvertrag von Boden und anderen Produktionsmitteln für längere Zeit bei vollständiger wirtschaftlicher Selbständigkeit der Pächter zugrunde gelegt wird. Übrigens wurde bei uns der Pachtvertrag bis Mitte der 30er Jahre weitgehend angewandt, danach wurde er liquidiert. Bei der Bodenpacht wird der Mensch ein wahrer Herr dieses Bodens und ist daran interessiert, das gepachtete Land und die anderen Produktionsmittel höchst effektiv und ergebnisreich zu nutzen.

Nun schauen Sie mal, Genossen, was sich in der Industrie tut. Die Menschen pachten schlecht produzierende Betriebsabteilungen und Betriebe. Was unternehmen sie zuerst? Sie verringern die Zahl der Arbeiter um 33 Prozent, die Zahl des leitenden Personals um 55 bis 66 Prozent. Dann befassen sie sich ordentlich mit der Sache und stellen den Betrieb in sieben bis acht Monaten, höchstens in einem Jahr auf die Beine. Unsere Arbeiter denken auf staatsbürgerliche Art. Keinesfalls treibt Rächler sie an. Sie denken nicht nur an den Verdienst, sondern auch an die Entwicklung der Produktion und der Produktionsfonds, um die Produktion zu steigern und ihr technisches Niveau zu heben. Und dieses Verhalten soll niemand vordern. Das ist eben unser Sowjetmensch, der zur Sowjetzeit geboren und von der Sowjetmacht erzogen wurde.

Das Pachtverhältnis ermöglicht eine bessere Realisierung der Potenzen des sozialistischen Eigentums, dank dem auch die Interessen der Gesellschaft sowie die Stimulierung hochproduktiver und effektiver Arbeit gewährleistet werden. Und nicht nur — ich wiederhole es — die materiellen Stimuli: Dem Menschen wird die Möglichkeit geboten, seine Fähigkeiten, sein schöpferisches Potential zur vollen Geltung zu bringen, zu realisieren und sich zu bewähren. Und das löst bei ihm eine kolossale Genugtuung aus.

Im großen und ganzen haben wir die Grundlage für eine tiefgreifende Umgestaltung geschaffen. Und um sie konsequent zu realisieren und damit sie gute Früchte bringt sind umfangreiche, allseitige und fachkundige Arbeit, Kenntnisse und die Erfassung des Wesens der einsetzenden wirtschaftlichen Beziehungen im Dorf erforderlich. Offensichtlich können wir ohne die Annahme eines Sondergesetzes über die Pacht nicht auskommen. Warum muß das getan werden? Ja, weil es bei uns noch viele Mitarbeiter unterschiedlichen Niveaus gibt, die selbst nichts unternehmen, um die Sache voranzubringen, den anderen aber hindern, ihre Initiative, Meinung und wirtschaftliches Interesse zu bekunden.

Gerade solch ein Gesetz hat allen Interessierten die Möglichkeit zu garantieren, unter neuen Bedingungen zu arbeiten und ihnen die Sicherheit eines staatlichen Schutzes zu geben. Dabei muß die Pacht langfristig — für 25 bis 30 und gar 50 Jahre — sein. Überhaupt ist die Frage so zu stellen, daß niemand berechtigt sei, den Menschen die Arbeit unter Pachtvertragsbedingungen zu unterbinden.

Entscheidend ist bei der Liquidierung uneffektiver Agrarbetriebe, der Übergabe ihrer Nutzflächen und anderer Produktionsmittel auf wettbewerblicher Grundlage an diejenigen Kolchose, Sowchose, Industriebetriebe sowie kollektive und individuelle Pächter vorzugehen, die imstande sind, eine hocheffektive Wirtschaftsführung zu gewährleisten. Höchstwahrscheinlich bedarf es auch der Annahme eines neuen Gesetzes über die Bodennutzung.

Well es zur Zeit offensichtlich an der konservativen Haltung der Leiter und Spezialisten der Kolchose und Sowchose sowie der leitenden Kader anderer Ebenen liegt, so sehen wir die vornehmste Aufgabe der Parteikomitees darin, eine sachliche Atmosphäre und die erforderlichen Bedingungen zu schaffen, die diese Hindernisse beseitigen könnten. Hier geht es kaum ohne tiefstehende ideologische und organisatorische Arbeit der Parteiorganisationen sowie ohne Hilfe der Gewerkschaften und des Komsomol.

Wollen wir, Genossen, doch auf dem heutigen Plenum vereinbaren, daß wir Phrasendrescherei um diese Fragen herum nicht mehr dulden werden. Das Leben hat die Effektivität der neuen Produktionsverhältnisse im Dorf, das neue Herangehen an die Organisation und Stimulierung landwirtschaftlicher Arbeiter allerorts bekräftigt. Da soll man alle Hindernisse auf dem Wege ihrer allgemeinen Anwendung beseitigen. Das ist eine volksumfassende Aufgabe. Ihre Lösung ist nicht schlechthin erwünscht, sondern ein von der Logik unserer Entwicklung in der Etappe der Umgestaltung diktiertes Gebot.

Sich entschieden für die Umgestaltung im Dorf äußernd, müssen wir sofort unterstreichen, daß diese Arbeit höchste Verantwortung erfordert. Hier sind jegliche Übertreibungen auszuschließen

eingedenk der Lehren aus unserer vergangenen Geschichte. In dieser wichtigen Angelegenheit sind Langsamkeit wie künstliches Forcieren und Voreiligkeit unzulässig. Am wichtigsten ist, bei der Lösung dieser Fragen vom Leben selbst auszugehen, auf den gesunden Menschenverstand zu bauen, die Leute zu Rat zu ziehen und jene kolossalen Erfahrungen zu verwerten, über die wir bereits verfügen.

Und noch zu einer Frage. Die Rede ist hier von der radikalen Umgestaltung der zwischenbetrieblichen Beziehungen und Leistung. Weil wir es bereits eingesehen haben, daß das heutige Leistungssystem im Agrar-Industrie-Komplex nicht besonders effektiv ist und sich überlebt, braucht man sich nicht daran zu halten.

Wir müssen weitgehend dazu übergehen, daß die Kolchose und Sowchose freiwillig gemeinsame Leitungsorgane anstelle der Rayon-Agrar-Industrie-Vereinigungen schaffen, sowie genossenschaftliche Formen der technischen und ökonomischen Hilfestellungen für die Agrarbetriebe anwenden. Dabei lohnt es sich, diese Prinzipien auch auf höheren Leitungsebenen des Agrar-Industrie-Komplexes anzuwenden. Die Reorganisierung der Leitung des Agrar-Industrie-Komplexes darf nicht in die Länge gezogen werden. Es gilt, alle Kanäle und Fäden endgültig zu durchkreuzen, über die Befehle von oben erteilt werden.

In „Sowjetskaja Rossija“ habe ich den Brief einer Gruppe von Kolchosvorsitzenden des Gebiets Gorki gelesen. Sie beklagen sich, daß sie auf die Kosten ihrer Einkommen den ganzen hochstehenden Leitungsschapparat unterhalten, für seinen Unterhalt 15 Prozent des Reingewinns und 10 Prozent der Abschreibungssummen bereitstellen müssen. Ist so etwas zulässig? Wer braucht solch einen Apparat? Und worauf es ankommt — derselbe W. A. Starodubzew und andere Agrarbetriebsleiter haben bewiesen, daß man diesen Apparat auf Mehrfache reduzieren könnte und müßte.

Und schließlich, Genossen, haben sich die Konferenzdelegierten — wie Sie wissen — entschieden dahingehend geäußert, bei einer Beschränkung der Investitionen für andere Bereiche für die soziale Entwicklung des Dorfes die nötigen Mittel zuzuwenden. Eigentlich brauchen wir ein gesamtsozialistisches Programm des Baus von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern, Straßen und Objekten der Kommunalwirtschaft, der Dienstleistungssphäre, des Post- und Fernmeldewesens und des Handels auf dem Lande, überhaupt all das, ohne das ein Mensch von heute nicht leben und nicht normal arbeiten kann. Es gilt, jetzt schon das Tempo der sozialen Entwicklung des Dorfes zu beschleunigen. Das geschieht bereits in zahlreichen Gebieten und Republiken. Und selbstverständlich ist dazu die Ausrichtung der Investitionen im dreizehnten Fünfjahrplan entschieden zu verändern. Das ist unsere politische Richtlinie für die Planorgane und die Regierung.

Und noch eins, Genossen. Vor zwei Tagen sprach ich mit W. P. Demidenko. Wie und auf wessen Kosten verbesserte sich die Situation im Gebiet Kustanai bei der Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen? Einen maßgebenden Beitrag dazu leisteten die Kolchose und Sowchose. Von großer Bedeutung war aber auch das Einbeziehen der individuellen Nebenwirtschaften auf vertraglicher Grundlage und neue Stimuli. Im Gebiet entfallen auf je 100 Bauernhöfe 250 Rinder.

Doch all dies, Genossen, erfordert Arbeit mit der Bevölkerung sowie Vorräte an Futtermitteln. Ja, dann eröffnen sich solche Möglichkeiten. Gute Erfahrungen der Integration individueller Nebenwirtschaften mit den Kolchos und Sowchosen unter Vertragsbedingungen wurden in Belorussland und den Ostseerepubliken gesammelt. Aber auch das ist wiederum Sozialismus! Ist denn das immer noch für jemand unfaßbar?

Im ganzen, Genossen, zum sämtlichen Problemkomplex zurückgreifend, den ich hier dargelegt habe, sind wir soweit, auf dem heutigen Plenum eine realistische politische Richtlinie für unser ganzes Land zu konzipieren: Wie soll man an die Lösung des Lebensmittelpblems herangehen. Bitte, äußern Sie sich zu diesen Fragen.

Jetzt zu den Vorschlägen über das Wachstumstempo bei den Waren und Dienstleistungen. Der Hauptweg liegt hier auf der Hand. Das ist die Schaffung einer leistungsstarken Industrie für Konsumgüterproduktion in gedrängter Frist.

Die dahingehenden Beschlässe für die Leichtindustrie wurden bereits gefaßt. Es gilt, sie rascher zu realisieren unter Einsatz des nötigen Wirtschaftsmechanismus, der das Engagement aller Arbeitskollektive an der Steigerung der Konsumgüterproduktion gewährleistet.

Jetzt soll die Rede von zusätzlichen Maßnahmen zur Beschleunigung der Modernisierung zahlreicher Betriebe der Leicht- und der Lebensmittelindustrie durch eingeführte Ausrüstungen sowie von einer weitreichenden Teilnahme der Schwerindustrie und der Verteidigungsbranchen an der Produktion von Gebrauchsgüter und Verbrauchsgütern sein.

Die Durcharbeitung dieser Fragen unter Anteilnahme der Ministerien und Ämter sowie der Republik- und Lokalorgane hat

vor Augen geführt, daß eine realere Möglichkeit besteht, in den Jahren 1989 bis 1990 die Produktion von Industriewaren über den Fünfjahrplan hinaus im Werte von 24 Milliarden Rubel zu vergrößern, darunter im Jahre 1989 — im Werte von 9 Milliarden Rubel und im Jahre 1990 — im Werte von 15 Milliarden Rubel.

Ihnen wurden auch Vorschläge über Maßnahmen zur radikalen Verbesserung des Bereichs entgeltlicher Dienstleistungen unterbreitet. Hier gilt es zu unterstreichen, daß bereits in diesem Planzeitraum ihr Umfang um 15 bis 20 Prozent zunehmen wird gegenüber dem im Komplexprogramm Geplanten. Im Jahre 1990 wird ihr Umfang bei rund 70 Milliarden Rubel liegen und bis zum Ende des dreizehnten Planzeitraums auf 1,6fache anwachsen und 119 Milliarden Rubel überschreiten.

Das sind dimensionale Maßnahmen. Sie erfordern dementsprechende Arbeit im Zentrum und an der Basis. Doch bei der Lösung der Aufgabe, die Konsumgüterproduktion und die entgeltlichen Dienstleistungen auszubauen, müssen wir uns gründlich mit der Vervollkommnung des gesamten Systems der Verteilung und vor allem mit dem Handel und der Gemeinschaftsverpflegung befassen.

Ich gehe deshalb darauf ein, weil der Wohlstand der Werktätigen, ihr moralisches und politisches Selbstbewußtsein nicht nur von der Menge und Qualität der erzeugten materiellen Güter und Dienstleistungen abhängen, was natürlich an und für sich von ausschlaggebender Bedeutung ist, sondern auch davon, wie wir darüber verfügen, wie Handel und Dienstleistungswesen organisiert sind.

Zahlreiche Mängel in diesem Bereich lassen sich auf den Rückstand zurückführen. In vielen Fällen aber auch auf die Vernachlässigung ihrer materiellen Basis, die allseitig zu erweitern und auf ein modernes technisches Niveau zu heben ist. Solche Vorschläge sind ausgearbeitet und ihnen zur Erörterung unterbreitet worden.

Doch vieles, sehr vieles, Genossen, können und müssen wir sofort tun, indem wir den ungesunden Erscheinungen und Prozessen, die hier schon zu tiefe Wurzeln geschlagen haben, einen entschiedenen Kampf ansagen. Es geht z. B. um das Nichtzulassen von Störungen beim Handel mit Waren, die im Lande ausreichend vorhanden sind. Erfährt man, daß fortwährend bald hier, bald dort aus dem Handel Salz, Zucker, Mehl und vieles andere verschwinden, was in Genüge auf Vorrat ist, kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, daß jemand an einem Fortbestehen des Mangels interessiert ist oder daß ihm zum mindesten einfach das Gefühl der Verantwortung vor den Menschen fehlt. Mit der Kontrolle all dieser Fragen müssen die Partei- und Staatsorgane sowie die Werktätigen beauftragt werden.

Oder nehmen wir solch eine verbreitete Erscheinung wie das Schlangestehen. Man muß überall anstehen — im Handel und im Dienstleistungswesen, im Verkehr und in Betrieben der Kommunalwirtschaft, im Gesundheitswesen, in Organisationen und Institutionen, die für die Lösung jeweiliger Anliegen der Werktätigen zuständig sind.

Das Problem hat solch einen akuten Charakter angenommen, daß wir uns damit gründlich befassen und gehörige Ordnung schaffen müssen. Es ist eine Gemeinheit, daß viele leitende Mitarbeiter gleichgültig auf die Reklamen der Anstehenden reagieren und es nicht für notwendig finden, irgendetwas für deren Beteiligung zu unternehmen. Dies aber ist nichts anderes als ein rücksichtsloses, herzloses Verhalten den Menschen gegenüber.

Genosse L. N. Salkow und ich suchten dieser Tage zwei Fabriken der Moskauer Industrie- und Handels-Schuhvereinigung „Sarla“ auf. Dieser Besuch hinterließ einen guten Eindruck. Ich empfand gewaltige Genugtuung darüber, wie die Menschen denken, handeln und für wahr Staatsangehörigen erörtern.

Daraufhin unterhalte ich mich aber mit einer Mitarbeiterin. Obwohl sie als auch ihr Mann verdienen gut. Sie haben zwei Kinder. Alles scheint normal zu sein — die Wohnung, der Verdienst. Was quält sie aber? Sie antwortet: „Jeden Tag, Michail Sergejewitsch, kostet mich das Schlangestehen in den Verkaufsstellen zwei bis drei Stunden. Das macht einen kaputt. Auf der Arbeit ermüde ich nicht so sehr, wie beim Anstehen.“

Und das, Genossen, geschieht in Moskau, wo man immerhin alles kaufen kann. Aber auch hier ist man genötigt, in unendlichen Reihen anzustehen. In ein und derselben Verkaufsstelle steht man zuerst an einer Kasse an, dann an einer zweiten und dann am Ladentisch. Die Menschen stehen nach Feierabend stundenlang an, um einfache Waren zu erwerben, die im Angebot stehen. Ist denn so etwas zulässig?

All diese Fragen, Genossen, sind Angelegenheiten der Sowjets. Bemerk der Leiter des Sowjets das nicht, weiß er über das Selbstbewußtsein der Menschen nicht Bescheid, so behalten wir ihn also unnötig in der leitenden Funktion.

Ich will wiederholt unterstreichen, Genossen, daß wir uns der Lösung dieser akuten Probleme dringend und sachlich annehmen müssen. Es gibt hierbei natürlich

auch Fragen, die mit der Modernisierung und Standortverteilung sowie mit der materiell-technischen Ausstattung der Handels- und Dienstleistungsbetriebe verbunden sind. Es ist ein großer Rückstand zugelassen worden.

Wie sollte man an die Lösung dieser Frage herangehen?

Das erste, was jedem in den Sinn kommt, ist das Erbitten von Geldmitteln und der Abschluß von Verträgen für den Bau von Handels- und Dienstleistungsstätten. Offensichtlich muß auch das in unseren Plänen berücksichtigt werden. Angesichts des Zurückbleibens dieses Bereichs sieht auch unser Beschlußentwurf diesbezüglich eine Entfaltung des Neubaus vor. Wollten wir aber nur diesen Weg gehen, würde sich die Lösung von Problemen — besonders dringender Probleme — für viele Jahre hinauszuziehen. Wir müssen aber die Möglichkeit finden, schon in der nächsten Zeit die Situation zu verbessern.

Im ZK und in der Regierung laufen gegenwärtig Bitten ein, jeweilige Räumlichkeiten zur Erweiterung des Handels- und Dienstleistungswesens auszunutzen. Wir unterstützen das entschlossen. Dabei äußerten sich das Politbüro und die Regierung diesbezüglich eindeutig. Wir sind dafür, die im Bau begriffenen Verwaltungsgebäude unterschiedlicher wirtschaftlicher, Partei- und staatlicher Institutionen, wenn kein äußerster Bedarf an ihnen besteht, zu diesem Zweck zu übergeben.

Unlängst hatte ich ein Gespräch mit dem Schriftsteller W. P. Astafjew. Wir unterhielten uns darüber, wie das Volk in Krasnojarsk lebt. Wieviel Probleme haben sich dort angehäuft? Besonders akut sind die Probleme der medizinischen Betreuung, es fehlt an Entbindungshäusern. Zugleich wird in der Stadt ein riesiger Sportkomplex errichtet. Der ist natürlich auch notwendig. Es gibt aber Probleme, die keinen Aufschub dulden und in erster Reihe gelöst werden müssen. In der Stadt gibt es ein gutes Gebäude des Regionspartei-Komitees, es wurde aber auch ein neues gebaut. Jetzt hat man mit Recht beschlossen, den Neubau zur Betreuung der Bevölkerung zu übergeben.

Und überhaupt, Genossen, wir müssen uns entschließen, von verschiedener Art Kontoren befreien, ihre Zahl reduzieren, ihre Räumlichkeiten an Handels-, Dienstleistungsstellen und medizinische Einrichtungen übergeben. Das ist sozusagen die eine Seite der Sache. Es gibt aber auch eine andere, die von nicht geringerer Bedeutung ist. Das ist die Inanspruchnahme von Mitteln, die für die Entwicklung dieses Bereichs bewilligt werden. Wollen wir mal vereinbaren, das, was bewilligt wird muß in Anspruch genommen werden.

Und die Parteiorgane müssen das unter eigene Kontrolle stellen. Denn es ist dazu gekommen, daß wir uns bei unserer Arbeit mit vielen Wirtschaftsangelegenheiten befassen, die Fragen aber, die das Leben der Menschen selbst berühren, unterlassen wir zuweilen. Das Ziel lautet aber: Der Mensch soll besser leben, sein Selbstbewußtsein soll normal sein. Daher besteht der Hauptsinn der Umgestaltung der Arbeit der Parteiorgane darin, daß sie sich mit wahren Parteiangelegenheiten befassen, die Fragen aber, die das Leben der Menschen selbst berühren, unterlassen wir zuweilen. Das Ziel lautet aber: Der Mensch soll besser leben, sein Selbstbewußtsein soll normal sein.

Die Kraft der Umgestaltung liegt gerade darin, daß sie all diese Fragen aufgedeckt und Bedingungen geschaffen hat, daß die Menschen ihre Bemerkungen und Vorschläge äußern und die Situation einschätzen konnten. Die Umgestaltung bietet den Menschen reale Möglichkeiten, diejenige zur Rede zu stellen, die mit ihrem Gewissen auf Kriegsfuß stehen oder infolge eines Fehlers eine leitende Funktion ausüben.

Genossen! Schließlich handelt es sich um durchaus lösbare Fragen, die keine Ausarbeitung langfristiger Programme und wissenschaftlicher Entwicklungen benötigen. Gestützt auf die örtlichen Ressourcen und auf die örtliche Initiative, kann in dieser Hinsicht vieles geleistet werden. Hauptsache aber ist — Ordnung zu schaffen und diese Fragen stets im Blickfeld zu halten.

Ich bin der Ansicht, daß dieses Gespräch nicht spurlos vergeht. Wir alle müssen erste Lehren ziehen und die Sachlage verbessern.

Als eine Frage, die größere Aufmerksamkeit erfordert, gilt es auch, die Entwicklung der Grundlage der Baustoffindustrie zu betrachten. Davon war schon die Rede in den Ansprachen der Delegierten. Den Bau von Wohnhäusern und anderen sozialen Objekten entfaltend, stießen wir auf Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Baumaterialien, Technik, Ausrüstungen usw. Diese Frage ist erörtert worden. Es wurden zusätzliche Maßnahmen vorgemerkt, die ein beachtliches Wachstum der Baustoffproduktion zum Ziel haben. All das fordert große Anstrengungen und viel Aufmerksamkeit.

All die Maßnahmen, Genossen, die wir vorschlagen, stimmen mit den Richtlinien der Konferenz überein, die aufforderte, den nächsten Planjahrplan für das dreizehnte Planjahr für den Standpunkt der Verstärkung der sozialen Ausrichtung unserer

Ökonomik auszuarbeiten. Im Grunde genommen können wir konstatieren, daß unsere Arbeit bereits heute einen neuen Impuls in dieser Richtung erhalten hat. Genossen! Wir alle waren Augenzeugen der scharfen Diskussion auf der Konferenz um die Probleme einer kardinalen Wirtschaftsreform. Welche Schlüsse ziehen wir aus ihr?

Vor allem sind die Richtungen der Wirtschaftsreform im Grunde genommen hauptsächlich richtig gewählt worden. Mehr noch, es wurde erneut bestätigt, daß die sozialen und ökonomischen Umwandlungen nur auf dem Wege einer kontinuierlichen Realisierung und Vertiefung der Reform zum Erfolg führen. Übrigens wurde die Reform von niemandem bezweifelt, obwohl am Verlauf ihrer Realisierung scharfe Kritik geübt wurde.

Auf der Konferenz hat sich auch folgendes bestätigt: Es ist ein Widerstand seitens der Trägheitskräfte und der konservativ Denkenden zu verzeichnen, die unter Ausnutzung der geringsten Möglichkeiten, der Verzögerungen und Fehlschläge, die bei der Umgestaltung vorkommen, diese allmählich bremsen möchten. Ich glaube, man kann den diesbezüglichen Vorschlag der Konferenzteilnehmer akzeptieren, wonach diejenigen Leute, die der Reform im Wege stehen, von den leitenden Posten entfernt werden sollten.

Was müssen wir aber unternehmen, um den Gang der Wirtschaftsreform zu beschleunigen? Das Politbüro hat die dahingehenden Schlußfolgerungen der Regierung und den mit ihnen zusammenhängenden Komplex von Vorschlägen erörtert.

Erstens. Vor allem muß entschieden mit den Anstalten Schluß gemacht werden, den Sinn der neuen Formen und Methoden der Wirtschaftsführung zu entstellen, müssen die Absichten unterbunden werden, den Wirtschaftsmechanismus in die alte Bahn zu lenken.

Das trifft insbesondere auf den staatlichen Auftrag zu, der auf der Konferenz deshalb so heiß umstritten wurde, weil er in der Praxis in eine geschlossene Form der Planung des Produktionsumfangs hinübergewachsen war. Die diesbezüglichen Vorschläge der Regierung sehen vor, daß der Anteil des staatlichen Auftrages am gesamten Produktionsumfang beträchtlich verringert und das Recht, einen staatlichen Auftrag zu erteilen, in den Händen des Staatlichen Plankomitees und nicht der Zweigministerien konzentriert wird.

Es wurde vorgeschlagen, für den Zeitraum der nächsten zwei Jahre zeitweilige Bestimmungen über den staatlichen Auftrag einzuführen. Das Präsidium des Ministerrates erörterte diese Frage unter Heranziehung einer großen Gruppe von Wirtschaftsfunktionären und Wissenschaftlern. Es wurde ernsthaft diskutiert und dann die zeitweilige Bestimmung über den staatlichen Auftrag erforderlich ist, da in der Übergangsetappe eben solch eine Verfahrensweise benötigt wird. Damit ist gemeint, daß die Idee des staatlichen Auftrags nur in Verbindung mit dem Übergang zum Großhandel mit Produktionsmitteln und der Reform der Preisbildung vollständig realisiert werden kann. Und darüber läßt sich, wie man so sagt, nicht einfach hinwegspringen.

Zweitens. Alle Betriebe sollen auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt, und die Herausbildung eines neuen Wirtschaftsmechanismus soll abgeschlossen werden. Dabei sei betont, daß der neue Wirtschaftsmechanismus nur dann mit ganzer Kraft funktionieren wird, wenn neue Preisverhältnisse, ein leistungsfähiger sozialistischer Markt, ein gesundes Finanzsystem und ein verzweigtes, wirkungsvolles Bankensystem vorhanden sein werden. Und natürlich setzt er die entsprechende Reorganisierung der Leitungsstruktur und die Umgestaltung des Systems der Außenwirtschaftsbeziehungen voraus.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Wichtigkeit der finanziellen Gesundung der Volkswirtschaft und der Festigung des Geldumlaufs hervorheben. Selbst bei der Aufstellung des Plans und des Haushalts für das nächste Jahr müssen wir beginnen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Hierzu ist es notwendig, die Pläne für den Investibau aufmerksam zu prüfen, die Haushaltsfinanzierung weitgehend durch das Bankkredit zu ersetzen sowie andere unproduktive Aufwendungen herabzusetzen. Kurz gesagt, es ist wichtig, sich an ein Leben gemäß den Mitteln zu gewöhnen. Möge der Umfang der Investitionen bei uns in der ersten Zeit auch zurückgehen, dafür aber würde die Zahl von neuen Baustellen und unvollendeten Bauten rigoros zusammenschrumpfen.

Was jedoch die leistungsschwachen Betriebe anbelangt, die sich jetzt von den Stützungen der Ministerien nähren, so könnte es sich hier um eine umfassende Kreditgewährung unter bestimmten Bedingungen handeln. Auch könnten solche Betriebe, wenn nötig, reorganisiert und in extremen Fällen gar aufgelöst, beziehungsweise an Arbeitskollektive oder Kooperativen verpachtet werden. Und davor braucht man sich nicht zu fürchten.

Zur Gesundung der Wirtschaft soll auch die Umgestaltung der Arbeit der Bankinstitute, ihre Umstellung auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung sowie die Entwicklung des Netzes von Kommerzbanken beitragen. Drittens. Engagiert wurde auf der Konferenz über die Umgestaltung der Organisationsstrukturen der Leitung und insbesondere über die Rolle der Ministerien im neuen System der Wirtschaftstätigkeit diskutiert. Dies

dürfte jetzt die verantwortungsvolle Richtung bei der Umgestaltung des Leitungssystems sein. Daher sollte man diese Frage überlegt in Angriff nehmen und sich dabei auf die Erfahrungen und die neuen Funktionen sowohl der Leitungsorgane als auch jener Betriebe stützen, die vor allem die Gesetze und die darin festgeschriebenen ökonomischen Verhaltensregeln einzuhalten haben.

Man muß es klar und deutlich sagen: Eben davon, wie schnell die Leitungsorgane unter den neuen Bedingungen ihren Platz finden, wie erfolgreich sie die neuen Wirtschaftsmethoden und die Gestaltung der Beziehungen zu den Betrieben auf neue Art und Weise beherrschen werden, wird in entscheidendem Maße das Ansehen der Leitungsgremien selbst wie auch das der Mitarbeiter des Apparats abhängen. Alle Konferenzteilnehmer stimmten in dem Standpunkt überein, daß wir ohne einen neuzzeitigen, sachverständigen und hochqualifizierten Leitungsapparat nicht auskommen können. Zugleich aber muß sich dieser Apparat in seiner Arbeit unter Berücksichtigung der Forderungen der radikalen Wirtschaftsreform und der neuen Rolle der Arbeitskollektive entschlossen umstellen.

Viertens. In Verbindung mit der Reform des politischen Systems stellt sich die Aufgabe, die Beziehungen zwischen den Betrieben und den Sowjets der Volksdeputierten neu zu gestalten. Diese Fragestellung erweist sich als richtig, denn es geht im Grunde genommen um die Herausbildung der ökonomischen Grundlage für die Selbstverwaltung in Form eines Teils des gesellschaftlichen Eigentums, das von den örtlichen Machtorganen zur Verfügung gestellt wird und die Kommunalwirtschaft, den Dienstleistungsbereich, den Wohnfonds, den Stadtverkehr usw. einschließt.

Dies darf allerdings nicht so verstanden werden, daß anstelle der Ministerien jetzt die Republik- und die Ortsorgane die Betriebe kommandieren werden. Das würde eine simplifizierte Ablösung eines Kommando-systems durch ein anderes bedeuten. Alle Betriebe und Vereinigungen haben das Recht und müssen für den einheitlichen Markt des Landes arbeiten, dabei müssen sich ihre Beziehungen auf gleichwertigem Erzeugnisaustausch basieren. Was aber ihre Kontakte mit den örtlichen Machtorganen betrifft, so sollten diese durch entsprechende Rechtsnormen und ökonomische Normative untermauert werden.

Wir müssen die Vorzüge der territorialen Arbeitsteilung im Rahmen des einheitlichen Volkswirtschaftskomplexes in vollem Umfang nutzen und zugleich durch die Zunahme der Haushaltseinkommen das Interesse der Republik- und Ortsorgane an der Steigerung der Effektivität der Regionalwirtschaft fördern.

Fünftens. Es wurde vorgeschlagen, den Arbeitskollektiven das Recht einzuräumen, selbständig die jeweilige Form der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu wählen und das Interesse für die Anwendung ihres zweiten Modells zu verstärken. Das würde den Verzicht bedeuten, die Normative für die Bildung des Fonds der Entlohnung und der Gewinnverteilung von oben festzulegen. Die innerbetrieblichen Beziehungen werden auf der Verteilung und der Nutzung des durch wirtschaftliche Rechnungsführung erzielten Gewinns aufbauen, während die Beziehungen zwischen dem Staat und den Betrieben durch die Tarifsätze der Steuer in Verbindung mit dem System der staatlichen Vergünstigungen geregelt werden sollen. Das wäre durchaus wünschenswert, Genossen.

Im Zusammenhang mit der Erörterung von Problemen der Wirtschaftsreform möchte ich erneut die Pachtbeziehungen zur Sprache bringen. Denn gerade sie gestalten es, das staatliche wie genossenschaftliche Eigentum aufrechtzuerhalten und zugleich, sozusagen, dessen „Herrenlosigkeit“ zu überwinden. Sie machen es möglich, eine tatsächliche wirtschaftliche Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Mitarbeiter und der Arbeitskollektive zu gewährleisten und den Verdienst der Menschen unmittelbar vom Endergebnis ihrer Arbeit abhängig zu machen. Grundsätzlich wichtig ist, daß der Pachtvertrag keinen Platz für die Weisungs-methoden der Leitung übrig läßt, denn die auf Unterstellung beruhenden Beziehungen wachsen in Partnerbeziehungen auf vertraglicher und gegenseitig verantwortungsvoller Grundlage hinüber. Deshalb muß sich das Gesetz über die Pacht, das ich bereits erwähnt habe, auf alle Bereiche der Volkswirtschaft ausdehnen.

Wir sind verpflichtet, den Pachtbeziehungen alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen und sämtliche erforderliche Rechtsfragen, einschließlich der Pacht-dauer, unverzüglich lösen. Ich habe schon darüber gesprochen, möchte aber ein weiteres Mal betonen: Eine kurzfristige Pacht-dauer würde die Investitionen in die Entwicklung und Modernisierung der Produktion nicht stimulieren, sie könnte sogar eine Rafferteologie entstehen lassen. Das ist augenscheinlich. Es werden auch feste Pachtpreise benötigt, die die Interessen des Haushalts wie der Arbeitskollektive in Rechnung stellen.

Abschließend möchte ich noch einige Fragen berühren, Genossen, die, obwohl sie ihrem Inhalt nach unterschiedlich sind, für unsere Arbeit, meines Erachtens dennoch sehr wichtig sind.

Die erste Frage bezieht sich auf die Wissenschaft. Die Konferenz (Schluß S. 4)

Referat M. S. Gorbatschows

(Schluß)

renz hat ihre Entwicklung mit besonderer Schärfe gefordert. Es wurde festgestellt, daß die wissenschaftlichen Ausarbeitungen in einigen Bereichen von grundsätzlicher Bedeutung weder dem Weltniveau entsprechen noch den Erfordernissen unserer Gesellschaft, unserer Volkswirtschaft gerecht werden. Wir müssen das zugeben, Genossen. Es veranlaßt uns, bei der Realisierung der Festlegungen und der Forderungen der Konferenz größte Aufmerksamkeit an den Tag zu legen.

Die Führung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR sollte sich meiner Ansicht nach erneut ihren Programmen zur Entwicklung der Grundlagenforschung und anderer Bereiche der einheimischen Wissenschaft widmen. Denn ohne die tatkräftige Unterstützung durch die Wissenschaft werden wir die Aufgaben der Umgestaltung nicht bewältigen können.

Auch die Staatsorgane, namentlich das Staatliche Plankomitee der UdSSR und das Staatliche Komitee der UdSSR für Wissenschaft und Technik, sollten sich ihrerseits mit der grundlegenden Verbesserung der materiellen Grundlage der Wissenschaft befassen, die Struktur- und die Investitionspolitik überprüfen, damit günstige Voraussetzungen für die Entwicklung ihrer vorrangigen Bereiche geschaffen werden können. Wir haben bereits viele Fragen entschieden, die Lösung von anderen muß beschleunigt werden.

Verstärkte Aufmerksamkeit erfordern die Gesellschaftswissenschaften. Wir alle haben die tiefe Besorgnis und die Unzufriedenheit mitempfunden, die auf der Parteikonferenz über ihren jetzigen Stand zum Ausdruck gebracht wurde. Ich wiederhole: Es liegt nicht allein an der Wissenschaft. Die gegenwärtige Situation erklärt sich in bedeutendem Maße durch die Einstellung zu den Gesellschaftswissenschaften in den früheren Jahren.

Nichtsdestoweniger müssen wir feststellen, daß die Umgestaltung in diesem Bereich hinter den Erfordernissen der Zeit, ja selbst hinter der Praxis der Umgestaltung zurückbleibt. Und das muß uns beunruhigen.

Man muß es geradeheraus sagen: Zur Zeit geben sich viele unsere Forschungszentren mit der Rolle von Kommentatoren und Kritikern zufrieden. Sie erbringen einseitigen noch wenig tiefgehende Ausarbeitungen zu gegenwärtigen Problemen, die von der Umgestaltung selbst her vorgebracht wurden und von deren Lösung maßgeblich der Verlauf, der Erfolg und die Ergebnisse der Umgestaltung abhängen.

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen folgenden Eindruck mitzuteilen: Ich möchte sagen, daß manche unsere Wissenschaftler jene Haltung einnehmen, die sie zu Beginn der Umgestaltung bezogen haben. Sie merken nicht, daß die Umgestaltung bereits das Meetingstadium hinter sich hat und in allen Lebensbereichen der sowjetischen Gesellschaft tiefgreifende Wandlungen bewirkt. Und das macht eine tiefgehende wissenschaftliche Analyse, ein Eindringen in das Wesen der Erscheinungen und ein Erfassen der sich vollziehenden Prozesse notwendig. Gerade das fehlt meines Erachtens unseren Gesellschaftswissenschaftlern.

Die zweite Frage betrifft die Ökologie. Der ungünstigen Lage in diesem Bereich wurde auf der Konferenz viel Aufmerksamkeit geschenkt. In der Gesellschaft ist man sich dessen voll bewußt, daß dieses Problem hochaktuell und unaufhebbar ist. Es besteht die öffentliche Meinung, daß es hier einer grundlegenden Veränderung der Einstellung bedarf.

Ich möchte dieses Problem in zwei Hälften teilen. Bei der Lösung von manchen Fragen kommt es nicht auf enorme Investitionen und Ressourcen, sondern darauf an, die Arbeit gebührend zu organisieren sowie die bereits beschlossenen Maßnahmen und Programme zu realisieren. Wichtig ist dabei, daß diese dringenden, konkreten Fragen unter Beteiligung der zuständigen zentralen Staatsgremien und örtlichen Organe operativ geprüft und entschieden werden.

Die anderen Fragen hängen mit der Ermittlung und Realisierung großer Zuwendungen, die den Veränderungen in Technik und Technologie entsprechen. Das alles, Genossen, muß bei der Aufstellung eines langfristigen Staatsprogramms des Umweltschutzes und der rationalen Nutzung der Naturressourcen der UdSSR in Betracht gezogen werden. Eine solche Arbeit wird im Rahmen der Vorbereitung des Plans für das dreizehnte Planjahr und auf lange Sicht bis zum Jahr 2005 bereits geleistet. Und gerade bei dieser Arbeit müssen alle Vorschläge geprüft werden, die auf der Konferenz unterbreitet wurden.

Bei der dritten Frage handelt es sich um die Politik der Partei in bezug auf die Jugendlichen. Im prinzipiellen Sinne war davon auf der Konferenz die Rede. Nun gilt es, alles in praktische Taten umzusetzen. Ich meine, wir sollten schon jetzt die Vorbereitung eines Plenums des ZK zu diesen Fragen in Angriff nehmen. Hier tut eine ernsthafte Arbeit not. Wir dürfen uns nicht allein auf die Erörterung von Problemen beschränken, die an der Oberfläche liegen. Wir brauchen eine Langzeitpolitik, die sich auf tiefgehende Analyse gründet und auf die Lösung einer grundlegenden Aufgabe unserer Gesellschaft, und zwar — auf die Erziehung eines würdigen Nachwuchses — richtet.

Und dann noch folgendes, Genossen. Die Konferenz selbst und die Diskussionen, die dabei geführt wurden, haben gezeigt, wie wichtig es jetzt ist, die all die Jahre nach dem Aprilplenum andauernde Arbeit im Bereich der Ideologie fortzusetzen. Und das ist auch richtig so, denn wir können bei den Angelegenheiten von historischer Dimensionen unmöglich erfolgreich vorankommen, wenn wir die Vergangenheit und Gegenwart nicht durchdenken und die Haupttendenzen der Entwicklung der Gesellschaft auf lange Sicht nicht prognostizieren.

Wir begreifen jetzt besonders deutlich die ganze Tiefe des Leninischen Gedankens über die Bedeutung der revolutionären Theorie. Man kann es offen sagen: Wenn wir uns nicht ständig und konsequent mit Fragen der Theorie und Ideologie befassen hätten, wäre uns das, was wir im Bereich der Politik in dieser historisch gesehen kurzen Zeitspanne und bei der praktischen Arbeit erreicht haben, nicht gelungen; auch hätten wir nicht erreicht, daß die Partei an diesem Wendepunkt der Geschichte in großem und ganzem die Rolle der politischen Vorhut, des Erhebers neuer Ideen ausübt und im wesentlichen an der Spitze schreitet.

Nichtsdestoweniger hat die Konferenz erneut mit ganzer Kraft bewiesen, daß es im ideologischen Bereich keinerlei Abschwächungen, geschweige denn Verzögerungen geben darf. Hier darf man sich nicht auf Improvisationen, Eintagskampagnen und Lösungen von Teilaufgaben ohne Zusammenhang mit den Grundzielen der Umgestaltung beschränken. Sowohl Störungen und Fehltritte in der Wirtschaft und Sozialpolitik als auch ein Zurückbleiben im Bereich der Theorie und Ideologie, von Fehlern ganz zu schweigen, können unsere revolutionäre Sache komplizieren und ihr einen nichtwiederzumachenden Schaden zufügen. Eben das ist der Grund warum wir auch künftig die theoretischen Forschungen ausbauen und die ideologische Arbeit allseitig vertiefen müssen.

Unsere Partei und Gesellschaft, Genossen, verfügen über ein wahrhaft gewaltiges Potential zur Lösung der theoretischen Probleme. Zudem bietet auch die heutige politisch-moralische Atmosphäre alle Voraussetzungen dafür, daß ein aktiver schöpferischer Prozeß auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Denkens vor sich gehen kann, was unmittelbar die Herausbildung des gesellschaftlichen Bewußtseins begünstigt.

Doch wird dieses gesamte Potential, und das müssen wir hier auf dem ZK-Plenum selbstkritisch einräumen, von der Partei nicht in gehörigem Maße genutzt, in Bewegung gesetzt und für die Umgestaltung dienlich gemacht. Was steht dem im Wege, Genossen?

Gewiß erweisen sich die Entwicklung der Theorie und des gesellschaftlichen Denkens, die Erneuerung der Ideologie und die Herausbildung eines neuen Bewußtseins als äußerst komplizierter, mehrdeutiger und widersprüchlicher Prozeß. Dieser verlangt Zeit und Anstrengungen. Er darf aber nicht spontan verlaufen, sondern er muß stets an der kollektiven Arbeit, den schöpferischen Diskussionen, der Suche nach neuen Ideen sowie an der Gegenüberstellung der Ansichten und am Meinungsstreit orientiert werden.

Es ist Pflicht der Parteiorganisationen, die ganze Größenordnung und Komplexität der Aufgaben zu erkennen; eine Simplifizierung ist hierbei nicht zulässig.

Wir können nicht darauf rechnen, daß alles im Selbstlaufe, gewissermaßen von allein vorankommt, wir müssen unsere Arbeit in diesem Bereich entschlossen aktivieren. Und das an der ganzen Front: Benötigt werden Diskussionen, Seminare, Konferenzen, Publikationen — kurzum, denkbar vielfältige Formen der wissenschaftlichen Tätigkeit, die in der Lage wären, den schöpferischen Gedanken zu wecken.

Und natürlich ist eine aktive ideologische Tätigkeit erforderlich, um die bereits vorhandenen Erkenntnisse in Theorie und Politik in der gegenwärtigen Etappe der Umgestaltung in die Praxis umzusetzen. Es tut eine zielstrebige und kluge Arbeit not, um immer mehr Menschen für die Ideen der Umgestaltung zu gewinnen und die Theorie zu einer wirklich materiellen Kraft der Umgestaltung werden zu lassen. Ich möchte noch zu einem weiteren Problem sprechen. Genossen. Es werden Stimmen laut, es gebe bei uns zu viele Diskussionen. Ich sage es eindeutig: Wir brauchen die Diskussionen, erste und schöpferische Diskussionen über alle aktuellen Probleme. Nur so können denn auch eine aktive öffentliche Meinung, das Bewußtsein des Volkes ausgeprägt werden, ohne die Erfüllung der grobangelegten Aufgaben zur Umgestaltung der Gesellschaft nicht denkbar ist.

Und noch etwas, Genossen. Man darf vor dem Neuen an unserer Zeit und an den Lebensprozessen nicht zurückschrecken. Womöglich beginnen wir erst, real zu begreifen, daß die Umgestaltung ein wirklich revolutionärer, verändernder Prozeß ist.

Mehr noch, Genossen, ich bin überzeugt, daß das Neue unserer Bewegung uns noch so manche Überraschung, so manche unerwartete Wendung bescheren wird. Sollten wir etwa deshalb in Panik verfallen, uns zu übereilten Einschätzungen und Schlussfolgerungen hinreißen lassen? Nein, Genossen, wir müssen das Leben, wie es ist, tiefgründig ergründen, beharrlich vorgehen und auf der Grundlage einer eingehenden Analyse im Endeffekt richtige, durchdachte Beschlüsse im Interesse unserer Gesellschaft und im Interesse des Sozialismus fassen.

Ich trete für eine gut durchdachte, tiefgründige, kontinuierliche Arbeit in dieser Richtung ein. Als die Partei Lenins, als ein mächtiger politischer Organismus müssen wir unser gesamtes intellektuelles Potential einsetzen und Schritt für Schritt in Fragen der Theorie vorwärtsgen, die Politik und Praxis bereichernd. Andererseits gilt es, sich die neuen Erfahrungen der Praxis aneignend, diese gedanklich zu erfassen, den Weg für die weitere Tätigkeit zu bahnen und den von der KPdSU ausgearbeiteten politischen Kurs konsequent ins Leben umzusetzen.

Wir müssen gut begreifen, daß die neuen Erscheinungen nicht in den Rahmen der alten Vorstellungen passen. Das Wichtigste ist — im Laufe des Kampfes für die Umgestaltung die Hauptrichtungen nicht zu verlieren, nicht auf Einzelheiten abzukommen, die Kräfte nicht für Kleinigkeiten zu verbrauchen. Unterlassungen sind bei einer neuen Sache unvermeidlich, das sollte man nicht unbeachtet lassen. Doch unsere eigenen Erfahrungen bewiesen schon, daß nur ein entschledenes und wahres Vorankommen auf dem Wege revolutionärer Umwandlungen jene Fragen aufhebt, die noch gestern unlösbar und sogar gefährdend zu sein schienen.

Natürlich fordert das von uns allen intellektuelle Arbeit, schöpferische Tätigkeit und ständige Aufmerksamkeit für die ganze Palette von Erscheinungen, die täglich durch die Umgestaltung aufkommen. Das müssen alle einsehen, dafür muß Zeit gefunden werden, denn ohne solche eine Arbeit ist ein Zurückbleiben unvermeidlich, das Leben kann uns zuvorkommen. Wir haben einfach das Recht nicht, so etwas zuzulassen, wenn wir in der Tat die politische Avantgarde in unserer revolutionären Zeit sein wollen.

Das sind so manche Erwägungen über die Realisierung der Beschlüsse der Konferenz. Wollen wir die dem Plenum zur Erörterung unterbreiteten Vorschläge behandeln.

Wie sie sehen, ist unser Programm im großen und ganzen angespannt. Es resultiert aus den dringenden Bedürfnissen der Vertiefung der Umgestaltung und wird von den Beschlüssen des XXVII. Parteitags der KPdSU und der XIX. Unionskonferenz festgelegt.

Wir brauchen grundsätzliche Fortschritte in allen Erneuerungsabschnitten der Gesellschaft und vor allem bei der Lösung dringender Lebensprobleme der Sowjetmenschen. Das ist die Gelegenheit jeder Parteiorganisation und jedes Kommunisten.

Die Vollmachten vor Ort verlegen und Möglichkeiten zur Entfaltung der gesellschaftlich-politischen, wirtschaftlichen und Arbeitsinitiative schaffen, verlegen wir dadurch auch die parteiliche Verantwortung, die persönliche Verantwortung der Kommunisten für die Arbeit in konkreten Abschnitten der Umgestaltung.

Heute ist die Zeit der Handlungen eingetreten. Und der Beitrag jedes Kommunisten, jedes Werktätigen für die Umgestaltung findet in konkreter Arbeit und in konkreten Leistungen seinen Ausdruck.

Die Schule auf dem Weg zur Umgestaltung

Das Februarplenum 1988 des ZK der KPdSU faßte die allgemeine Konzeption der Reform der Volksbildung in unserem Lande, deren Aufgabe in der wesentlichen Bessergestaltung des Lehr- und Erziehungsprozesses auf allen Ebenen besteht. Probleme und Schwerpunkte haben sich hier unzulässig viele angehäuft. Es wird viel herumeratet, wie sie zu beseitigen und zu beheben sind. Es gibt verschiedene Meinungen und Vorschläge.

„Von großen Wandlungen in ein paar Monaten kann natürlich keine Rede sein. Wenn es die auch gäbe, dann vor allem mehr im Bewußtsein und in der Einstellung zu den bestehenden Problemen. An und für sich ist auch das wichtig. Wir stehen vor konkreten Aufgaben. Viele davon müssen wir im bevorstehenden Schuljahr lösen.“

Problem Nummer eins ist — die Demokratisierung der Ausbildung. Ich meine — die Selbstverwaltung. Im Rahmen der Demokratisierung müssen wir noch viel breitere die sogenannte „Pädagogik der Zusammenarbeit“ von Suchomlinski einführen. Bis dahin waltete im Lehr- und Erziehungsprozeß der Kommando- stil — die Schüler sind uns Lehrern völlig unterstellt. Ich stelle mir oft die Frage, ob nicht gerade hier alle die Probleme der jetzigen Volksbildung wurzeln? Wir müssen nun lernen, erreichen,

daß der Lehrer und der Schüler als gleichberechtigte Partner auftreten und in enger Zusammenarbeit am gleichen Strang ziehen. Außerdem bin ich der Meinung, daß am Ausbildungs- und Erziehungsprozeß die Öffentlichkeit — die Eltern, Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Organisationen und Verbände — viel aktiver mitwirken sollten.

Selbstverständlich ist der Prozeß der Demokratisierung damit noch bei weitem nicht erschöpft. Wir haben diese Momente genannt, weil sie sozusagen auf der Oberfläche liegen und dringend gelöst werden müssen.“

„Könnten Sie nun nicht von den allgemeinen Aufgaben zu den konkreten Maßnahmen, die auf die unmittelbare Realisierung Ihrer Vorhaben gerichtet sind, übergehen? Sie müssen zugeben, daß heute reale Tatsachen und Wandlungen, die zu konkreten Resultaten führen, gefragt sind.“

„Bereits im neuen Unterrichtsjahr beginnt seine Arbeit

der Schulrat, der aus Lehrern, Schülern, Eltern und Vertretern der Arbeitskollektive bestehen wird. Das ist der erste Schritt zur Selbstverwaltung. Heute kann ich noch nicht ganz sicher sagen, welche Probleme er lösen wird, wir halten uns an das Sprichwort „Elle mit Welle“, um eine gute Idee nicht zu verderben. Durch die Arbeit dieses Rates wollen wir mehr Erfahrungen sammeln und auswerten.“

„Könnten Sie nicht einmal ausmündlicher auf die schon gesammelten Erfahrungen eingehen?“

„Mehrere Jahre gibt es in unserer Schule ein Schülerkomitee, das eine umfangreiche Arbeit leistet. Es ist für den sozialistischen Wettbewerb verantwortlich. Jede zwei Monate wird dessen Fazit gezogen. Am Ende des Unterrichtsjahres macht die Siegerklasse eine Reise in eine Stadt des Landes. Die Kosten bezahlt der Thälmann-Kolchos.“

Gute Erfahrungen hat auch die Schülerkomsomolorganisation gesammelt. Die Jugendlichen sind recht aktiv und machen sehr viel Nützliches für die Schule, sie bilden selbst die Schülerproduktionsbrigaden und reparieren das Schulgebäude, bilden Pionierleiter für das Schullager aus.

Die Mathematiklehrerin Irene Maul, der Physiklehrer Alexander Botschkarkow, die Deutschlehrerin Lilli Müller verstehen es, ihre hohen Forderungen mit demokratischem Vertrauen den Schülern gegenüber zu vereinbaren. Nicht von ungefähr beziehen unsere Absolventen ohne Schwierigkeiten die Hochschulen.

Leider fehlen unserer Schule noch Lehrkräfte, obwohl wir stets nach ihnen suchen, was alles andere als leicht ist. Die jungen Kader bleiben nicht gern im Dorf, obwohl Lugansk unweit der Gebietsstadt liegt und über gute soziale Bedingungen verfügt. Aber wir bauen vor allem auf unsere eigenen Schulabsolventen. Die vorwiegende Mehrheit der Lehrer sind hier aufgewachsen, haben diese Schule absolviert.“

„Da wir schon beim Kolchos sind, möchte ich Sie einmal fragen, wie der Kontakt zwischen

Schule und Kolchos ist? Ist es wirklich eine enge Zusammenarbeit oder...“

„Der Thälmann-Kolchos ist ein reicher und rentabler Agrarbetrieb. Er verfügt über solide materielle und finanzielle Ressourcen. Er stellt der Schule genügend Mittel zur Verfügung. Gäbe es eine Möglichkeit, könnten wir unsere Schule ganz neu ausrusten. Wir könnten uns Computer leisten, leider gibt es die nicht im Angebot. Die Gebietsabteilung Volksbildung teilte uns mit, daß in nächster Zukunft mit Computern nur eine einzige Schule in Pawlodar ausgerüstet wird. Das Versorgungsproblem hat sich zugespitzt, es mangelt sogar an gewöhnlicher Ausrüstung. Wie dem auch sei, mit Hilfe des Kolchos gelang es uns doch, die Unterrichtskabinette mehr oder weniger gut einzurichten. Zwölf von den stehzehn entsprechen allen Anforderungen der Zeit.“

Viele Jahre pflegen wir mit Elan die Arbeitserziehung. Die Oberschüler ziehen auf ihrer Tierfarm Kälber groß, im Sommer lösen die jungen Melkerinnen die beurlaubten Meister des Maschinenmelkens ab. In den gut ausgerüsteten Werkstätten bringt ihnen ein erfahrener Lehrer verschiedene Fertigkeiten bei. Ohne enge Zusammenarbeit mit dem Kolchos geht es hierbei auch nicht — sie ist die Grundlage des Erfolgs.“



Kraft und Schönheit

Die jüngste Republikmeisterschaft im Gerätturnen war nach ihrer Vertretung repräsentativ genug. Sie fand im Sportsaal der Alma-Ataer Kinder- und Jugendsportschule Nr. 19 ihren Abschluß.

Klare Sieger dieser Meisterschaft waren die Vertreter der Alma-Ataer Schule, die in den meisten Sportarten des Programms den Vorrang hatten. So trug Iglit Tolew im Wettkampf unter den Jugendlichen (im Programm der Meister des Sports) den Sieg davon. Unter den Mädchen war Oxana Lymarewa am erfolgreichsten.



Auch Zöglinge aus der Alma-Ataer Schule Nr. 25, die zur Sportgemeinschaft Dynamo gehören, haben gut abgeschnitten. Darunter Katharina Welmer, Schülerin der Klasse 7. Sie war in allen Programmpunkten erfolgreich und erfüllte somit die Norm des UdSSR-Meisters des Sports. Das ist ein großer Erfolg für die junge Gymnastin.

Unsere Bilder: (v.l.n.r.) Die Preisträger und Sieger im Wettkampf O. Koshewnikowa, O. Lymarewa und J. Matschulite; Katharina Welmer auf dem Schwebebalken.

Fotos: Denderbal Jegislow

Der russische Kolonist oder Christian Gottlob Züge's Leben in Rußland

Nebst einer Schilderung der Sitten und Gebräuche der Russen, vornehmlich in den asiatischen Provinzen

Nach und nach lernte ich indessen meine Schöne näher kennen. Sie versicherte mir öfters, nach allem, was sie gehört hätte, müsse man in Rußland, am bequem und angenehm leben zu können, notwendig verheiratet sein, gab mir auch deutlich genug zu verstehen, daß sie nicht abgeneigt wäre, mir mit ihrer Hand dieses angenehme Leben zu verschaffen. Da es nicht mein Wille war, in Rußland zu bleiben, und ich überhaupt wünschte, völlig umgeben zu sein, stimmte ihr Plan nicht mit dem meinentigen überein. Ich antwortete daher, wenn sie davon sprach unbestimmt, den Rück zu einer Idee, durch deren öftere Mitteilung sie mir lästig und verdächtig zu werden begann. Zugleich nahm ich wahr, daß zuweilen ein oder der andere von den ältern Mitgliedern der Gesellschaft, besonders wenn der stärkere Genuß berauschender Getränke sie auf eine Welle freier und unbefangener handeln ließ, der schönen Hamburgerin auf eine Weise begegnete, welche ihre

Sittlichkeit eben nicht in das beste Licht stellte, und einen früheren, sehr vertrauten Umgang mit ihr vermuten ließ. Einmal unternahm ich es, meine Schöne gegen dieses Angriffe und Beleidigungen eines Wüstlings zu schützen; man lachte über mich, daß ich an ihrer Tugend zum Ritter werden wollte, und endlich entdeckte mir einer der besseren aus der Gesellschaft, daß meine Schöne eine ausrabirte, felle Dirne wäre.

Sie und diese Mädchen, sagte er, indem er mir die Letzteren zeigte, waren einst bei dem Manne, der dort an jenem Tisch spielt, den mit ihm Spielenden das Geld abnimmt, und sich durch seine zurückschreckende und brandmarkende Physiognomie deutlich genug auszeichnet. Er heißt Maaß und unterhält in Hamburg ein öffentliches Haus der niedrigsten Art für lüsterne Bootsknechte, bis er endlich, weil seine Mädchen, als verführerisch außer Cours kamen, und er überdies Gefahr lief, sich in seinem Gewerbe von der Polizei verhindert zu sehn, den Entschluß

faßte, sein Serail nach Rußland zu führen, um zu versuchen, ob er dort eher Liebhaber fände, und ihm selbst ein glücklicheres Schicksal würde als in Deutschland.

Er warnte mich zuletzt vor einem vertrauten Umgange mit diesem Mädchen, weil meine Gesundheit unfehlbar dadurch gefährdet werden würde. Ich danke ihm herzlich und zog mich noch zu rechter Zeit zurück, ob schon nicht ganz ohne Mühe, weil mir bisher die Unterhaltung dieses Mädchens den Aufenthalt in einem Haus, das für jeden Menschen von einiger Bildung abschreckend sein mußte, noch einigermaßen erträglich gemacht hätte. Absichtlich war ich diese Tage her den Übrigen ausgewichen, jetzt war ich genötigt, mich wieder unter sie zu mischen, um nur der Dinge zu gehen, die es sich einmal vorgenommen zu haben schien, eine Eroberung an mir zu machen.

Jetzt, wo ich die ganze Gesellschaft etwas näher beobachtete, wirkte sie einen Eindruck auf mich, der von dem zuerst gemach-

Kulturmosaik

Hohe Anerkennung

Das Gesangsensemble aus dem Kirow-Kolchos, Gebiet Pawlodar, erlebte dieser Tage eine angenehme Überraschung. Es wurde vom Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR mit einer Ehrenurkunde des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR für umfangreiche Arbeit zur Entwicklung und Propaganda der Lalenkunst und aktive Teilnahme an der kulturellen Betreuung der Bevölkerung ausgezeichnet.

Gergesehene Gäste

sind die Lalenkünstler aus dem Kulturhaus Andrejewski bei den Feldbaubrigaden und den Tierzüchtern des Gebiets Taldy-Kurgan. Vor kurzem besuchte das hiesige Gesangs- und Instrumentalensemble die Kolchos „Watutin“ und „Dzierzynski“.

Schenkt Schauspielern Blumen

Vor kurzem gastierte in der Kustanajer Stadt Rudny das bekannte belorussische Ensemble „Pesnjary“. Es wurde auch sehr herzlich aufgenommen, denn es ist bei allen durch die zahlreichen Rundfunk- und Fernsehsendungen gut bekannt. Bloß eins störte: Die dankbaren Zuschauer schenkten den talentierten und sehr beliebten Sängern keinen einzigen Strauß Blumen, obwohl zu dieser Jahreszeit es die in Hülle und Fülle gibt.

(Fortsetzung folgt)

Unsere Anschrift: **Казахская ССР, 480044, Алма-Ата, ул. М. Горького, 50, 4-й этаж**

Vorzimmer des Redakteurs — 33-42-69; stellvertretende Redakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Maschinenschreibbüro — 33-25-87; Korrekturen — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zeltograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414
Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
Объем 2 печатных листа Закаа 12010

Redakteur K. W. EHRLICH